



Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund e. V., Berlin W. 30.

Erscheint wöchentlich einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1.50 RM. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Folgegebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Zeilenbreite 1.20 RM.

Nr. 21. Berlin, 20. Mai 1932. 13. Jahrg.

Inhalt: 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

Das erste Reichstreffen der Ostland-Jungscharen.

Glänzender Verlauf bei zahlreicher Beteiligung.

Ein in starken Aufschwung in letzter Zeit der Zusammenfluß der Ostland-Jugend in den Ostland-Jungscharen genommen hat und ein wie erfreuliches Leben in den meisten dieser Jungscharen beruht, dafür war die große Beteiligung am ersten Reichstreffen der Ostland-Jungscharen in Gernrode in den Pfingsttagen Beweis. Das Treffen stellte in seiner Art etwas völlig Neues dar: Eine Vereinigung der bisher üblichen Schulungswochen mit großen, marktvollen, nach außen wirkenden Rundtagungen für den deutschen Osten. Die Beteiligung war für eine solche erste Veranstaltung über Erwarten groß und der Verlauf durchaus einwandsvoll und erheuchelt.

Aus allen Ecken des Reiches, aus Ostpreußen ebenso wie aus Süddeutschland, von der Westküste (Hamburg, Kiel usw.), ebenso wie aus den an die Elbeherde grenzenden sächsischen Gebieten, aus Dänemark, ebenso wie aus Schweden, waren Mädel und Jungens wie auch Förderer der Ostland-Jugendbewegung in großer Zahl erschienen und natürlich erit recht aus Mitteldeutschland.

Die Jugend und mit ihr die erwachsenen Teilnehmer haben in dem weitläufigen der herrlichen Natur, in dem schönen alten Gernrode und seiner prächtigen Umgebung ein paar herrliche Ferien- und Stertage verlebt, die ihnen ganz als unvergessen bleiben werden. Sie haben den Segen empfunden, der von der Jugendtätigkeit in einer großen, idealen Zielen dienenden Gemeinschaft ausgeht. Sie haben eine reiche Fülle von Anregungen empfungen und teilweise auch gegeben, ein persönliches Verhältnis von Jungling zu Jungling, von Mädel zu Mädel herstellen können, haben sich für die Lebensaufgabe als Ostlandkämpfer neuen Mut, neue Begeisterung, neuen Willen und neue Entschlossenheit geholt und haben zugleich noch etwas hin das „Bekenntnis abgelegt, sich der großen Aufgabe zu weihen, der Ostidee zu dienen. Bei der großen Aufhebung am Pfingstsonntag war der größte Saal Gernrodens (im „Braunen Hirsch“) bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Reichsjungschartführer des Deutschen Ostbundes, Herr

Dr. Chiels, legte nach herzlichem Begrüßungswort des Herrn Bürgermeisters Schröder kurz und treffend die Bedeutung der Ostfragen und die Ziele des Ostbundes und seiner Jungscharen dar, worauf die Magdeburger Jungschart das ostländische Heimatlied „Volk an der Grenze“ in glänzender Darbietung bot.

Die Völkabandh in den grünen Sarbergen, bei der Herr Dr. Vödlke herbeiziehende Worte fand und die vorerwähnten Jungscharen durch treffliche gemeinsame Gesänge erfreuten, die nachfolgenden Welt- und Gernrodelieder, die feierliche Begrüßung der Teilnehmer von dem Rathaus durch Herrn Bürgermeister Schröder und vor allem die packende Füre am Grabe des Markgrafen Sero, des großen mittelalterlichen Ostkolonialisten, Wenden- und Polenbeweiners, in der von ihm gestifteten 1000jährigen Kirche, einem der prächtigsten, alten Gotteshäuser Deutschlands, bei der Herr Dr. Vödlke in seiner Ansprache der großen geschichtlichen Bedeutung der Ostkolonisation ebenso gerecht wurde wie der Bedeutung der Ostfragen der Gegenwart, waren ein Erlebnis von so harter Eigenart und Prägnanz, daß für allen den Jungs der Zugang liberlich erfüllt. Die Führerausprohen, die Jungen und Mädel getrennt hielten und die ebenso anregend wie harmonisch verliefen, Wettspiele und Wettgespräche im Freien, das erste Preis im ersten Preis beim „Akkoben im Freien, die Wetteilnahme am riesigen Pfingstfeuer, dessen Flammen weit hin zu leben waren, die ostmarklichen Weibgesänge, die die Herr bei diesem prächtigen Schauplatz in Gottes feierlicher Natur einten und höher schlugen ließen, das alles waren Eindrücke, die alle Teilnehmer den Vorhau treuen liehen, aus nächsten Reichstreffen der Ostland-Jugend wiederum teilzunehmen.

Ein eingehender Bericht über das Treffen, von dem auch Bundespräsident Gindelfer erschienen war, folgt im nächsten „Jungen Ostmarkter“ am 27. Mai.

Danzig und der Völkerbund.

Was bei der Behandlung der Streitfragen zwischen Danzig und Polen auf der diesmaligen Tagung des Völkerbundes besonders auffiel, war nicht die Art, in der die dem Tage vorliegenden Streitfragen aufzufinden worden sind, sondern daß eine Frage, an deren Behandlung vor dem Völkerbund den Polen besonders viel lag, überhaupt nicht zur Verhandlung gekommen ist. Es handelt sich hier um uerpolitischen Verhältnisse Danzigs. Um deren Erörterung in Genf zu ermöglichen, hat Polen seit Wochen und Monaten eine sich ständig steigende Hebe gegen die Regierung der Freien Stadt und den Völkerbundskommislar Graf Savrovia betrieben, die unerbittliche Angriffe gegen das Danziger Gerichts- und Polizeiwesen gerichtet, Danzig als einen „Vanderrück kriegerischer Umtriebe“ und als „Saupolnarchie“ der nationalsozialistischen SA, die einen unaufrichtigen Krieg gegen Polen vom Jahre herbeizuziehen solle, verurteilt. Polen hat sich bei diesem Verleumdungslehnd der Unterstützung eines Teiles der deutschen Presse erfreut, deren Verbalten sich auf die staatliche Unabhängigkeit der Freien Stadt in verhängnisvoller Weise auswirken drohte. Haben sich doch vereinigte deutsche Wölter, um die von den Nationalsozialisten geführte deutschpolnische Regierung in

Danzig zu treffen, die polnische Forderungen einer Völkerbundsintervention in die Danziger innerpolitischen Angelegenheiten zu eigen gemacht und sich — ganz im Sinne der polnischen Presse — an dem Reichstreffen des „sächsischen Grafen Sero“ beteiligt. Um so bedeutungsvoller ist die Frage, die bei der Behandlung der Danziger Fragen in Genf die innerpolitischen Verhältnisse der Freien Stadt mit keinem Wort erwähnt worden sind. Das kann wohl als Beweis dafür gelten, daß man in Genf die Hintergründe des polnischen Verleumdungslehndes bisweilen durchschaut und erkennt hat, daß eine Selbste für den Frieden ioniger von der Freien Stadt als von Polen her droht, es kann als eine Art „Vertonungsassonim, wenn nicht für die Danziger Regierung, so doch für den Grafen Savrovia gelten, der den Völkerbund nur von einem unzulässigen Verhalten der Danziger Regierung, wenn hierzu ein Anlaß vorliegen hätte, in Kenntnis gesetzt haben würde. Der polnische Verleumd, den Schwerpunkt der Genfer Verhandlungen über die Danziger Fragen auf das Gebiet der Danziger Innenpolitik zu verdrängen, ist also mißlungen.

Im übrigen lagen dem Völkerbundsrat fünf Danziger

Streitfragen zur Beschlußfassung vor. Deren wichtigste, die Streiffrage Danzig-Öbgingen, wurde in übereinstimmung mit dem vorangegangenen Gutachten des Juristenkollegiums vom April d. J., vom Rat nummehr endgültig und rechtskräftig dahin entschieden, daß Polen verpflichtet ist, den Danziger Hafen voll auszunutzen und daß sich diese Verpflichtung auf alle Arten des Verkehrs (Personen- und Warenverkehr), besonders mit Krakenitz, erstreckt. Dabei sollen für die Frage, ob der Danziger Hafen voll ausgenutzt wird, dessen jetziger Zustand und dessen Entwicklungsmöglichkeiten maßgebend sein. Diese grundsätzliche Entscheidung bietet jedoch für Danzig noch lange nicht die Sicherheit, die es braucht und die es nach Maßgabe der innerenist in Versailles diskutierten Absichten der Danziger „Staatsgründer“ zu fordern berechtigt ist; die weitere Frage nämlich, welche praktischen Folgerungen aus dieser theoretischen Verpflichtung Polens entstehen, ist noch offen gelassen und wird Völkerbundrat zur näheren Prüfung und Entscheidung an dem Hohen Kommissar verweisen worden, der nun seinerseits unter Zustimmung der streitenden Parteien noch feststellen soll, was Polen nun eigentlich zu tun und zu unterlassen hat, damit der Hafen jederzeit auch tatsächlich voll ausgenutzt wird. Schließlich der polnischen Eisenbahnerhaltung in Danzig hat der Völkerbundrat unter Ablehnung weitergehender Danziger Forderungen, die besonders das Ausschreiten über die polnische Eisenbahnerhaltung betreffen, dahin entschieden, daß erzens Polen für die Danziger Eisenbahnerhaltung die notwendige Verantwortung übernimmt, wenn sich in Danzig schaffen, also die Danziger Eisenbahnen organisatorisch aus dem polnischen Eisenbahnnetz herauslösen muß, und daß meistens für der gesamte Beamtenkörper der Danziger Bahnen bis auf die wenigen leitenden Beamten aus Danziger Staatsangehörigen zusammenzufassen muß, mit denen Polen nicht mehr, wie es bisher in ausgiebiger Nähe, durch Berücksichtigung nach Polen ihm, gebühren ist, nach Belieben umbringen darf. In der Frage des polnischen Verkehrs gegen die Entscheidung des Völkerbundrates hinsichtlich der Danziger Veredelungskontingente ist vom Rat ein Zusammenstoß mit dem Auftrag eingeleitet worden, die grundsätzlichen Rechtsfragen zu prüfen.

Danzig hat in Senf in einigen wichtigen Streitfragen eine günstige Entscheidung erzieht. Was es damit oder praktisch etwas gewonnen? Ist der Völkerbund überhaupt in der Lage, Polen an einer Fortsetzung seiner nun schon fast 12 Jahren hartnäckig und konsequent befolgten Verarmungspolitik, die schließlich zum Untergang der Freien Stadt im Jahre 1920 führte, zu hindern? Hat der Völkerbund der Freien Stadt gegenüber eine Schutzpflicht übernommen, aber schon die Frage, worin diese Schutzpflicht besteht, ist nicht klar. Nach einer Entscheidung des Völkerbundes vom 17. November 1920 „dehnt“ (1) sie zu bedeuten, daß der Völkerbund sich verpflichtet, die territoriale Unverletztheit und politische Unabhängigkeit der Freien Stadt gegen alle Angriffe von außen aufrechtzuerhalten. Was „territoriale Unverletztheit“ ist, ist ziemlich klar. Der Begriff der politischen Unabhängigkeit aber ist verschiedenartig auszulagern; zu dem Polen ein ganz ungenügend plumper Einbruch in die Danziger Rechte eintreten muß, um den Völkerbund zur Herstellung einer Verletzung dieser Unabhängigkeit zu bestimmen. Der Schutz der politischen Unabhängigkeit Danzigs steht nur auf dem Papier; denn die Verhinderung dieses Begriffes läßt den Polen zahllose Möglichkeiten offen, die vom Völkerbund niemals als Verletzungen der politischen Unabhängigkeit angesehen werden, praktisch aber die Handlungsfähigkeit Danzigs, sei es die wirtschaftliche, sei es die politische Handlungsfähigkeit, mindern und in Zweifel setzen durch die Häufung der Fälle allmählich so weit mindern, daß die politische Unabhängigkeit ein leerer Begriff wird und eines Tages nichts anderes mehr bedeutet als die Freiheit der Wahl zwischen der Kollapsnote des Untergangs und dem „freiwilligen“ Verzicht. Dabei liegt die tatsächliche Macht ausschließlich auf polnischer Seite; und dieses mündet sie schonungslos an: planmäßig, vorfristig, immer das Anbieten der Einverleibung Danzigs im Auge, schließlich das Rechtsgebäude vererbend, in die Danziger Schicksale über „Kinnegeld“ zu werden ist. Der Gedanke ist absurd, daß ein Staat mit 200 000 Einwohnern bei seinen unangenehmsten Konflikten mit einem 32-Millionenstaat der Angreifer sein könnte. Bei dem Mangel an tatsächlicher Macht sind juristische Bestimmungen seine einzige Waffe, die ihrer Natur nach nur eine Verteidigungswaffe, und zwar eine sehr unarrivierende Verteidigungswaffe sein können. Während Polen in seinem Kampfe mit Danzig immer festhalten und ihm erstrebenswert sind, sind die Ziele, denen Erreichung ihm einen großen Einfluß mehr bedeutet, eine Erhaltung eines Rechtsgebäudes, in das es wider seinen Willen einverleibt worden ist. Polen hat gegenüber Danzig nur zu gewinnen — deshalb ist seine Politik offensiv. Danzig hat nur zu verlieren — deshalb ist seine Politik defensiv. Polen kämpft um ein Ziel, das lohnenden Gewinn verspricht, Danzig um die Erhaltung eines Zustandes — um „das kleinere Übel“. Die Aussicht über dessen Erhaltung ist nun in die Hand einer Institution gelegt worden, die — wie der Völkerbund — sich in ihren Entscheidungen nicht je sehr von rechtlichen Überlegungen leiten läßt, sondern vielmehr nach machtpolitischen Gesichtspunkten verfährt. Nun hat der Völkerbund wohl die Möglichkeit, sich in Rechtsfragen an das Internationale Schiedsgericht im Haag als Gutachter zu wenden; aber auch hier ist keineswegs die Gewähr dafür gegeben, daß Entscheidungen getroffen werden, die nur von juristischen und nicht auch von politischen Überlegungen abgeleitet werden; denn auch das Haager Schiedsgericht ist um so weniger in der Lage, sich dem politischen Druck

der in Senf maßgebenden Mächte zu entziehen, je schwerwiegender die Fragen sind, die seiner Beurteilung vorgelegt werden. Überdies ist der Völkerbund gar nicht geneigend, die Gutachten des Haager Schiedsgerichts zur Richtschnur seines Verhaltens zu machen. Die letzte Entscheidung liegt immer bei ihm; sie ist daher immer politisch. Wie das Statut, auf das das Exekutiv- der Freien Stadt durch Völkerbund begründet ist, nun vorerst nicht anders mehr als ein Kompromiß widerbezüglicher politischer Kampfspiele, so sind auch alle Entscheidungen, die der Völkerbund seit Bestehen der Freien Stadt auf Grund dieses Statuts erzieht die jeweils aktuellen Streitfragen gefällt hat, nichts anderes als ein Ausfluß des fortgesetzten Ringens um dieselben politischen Kampfspiele, bei denen Danzig nur das Objekt für die Politik der Anderen ist. Dazu kommt noch ein anderes: die schlappende Arbeit des Völkerbundes, deren Kontrolle nur so schwerer ins Gewicht fallen, als die Freien Kommissar in Danzig nur sehr beschränkte Kontrollmöglichkeiten eingeräumt worden sind. Der Vorteil aus dem Scheitern der Völkerbundsarbeit hat ausschließlich Polen; Polen kann warten; je später eine Entscheidung des Völkerbundes gefällt wird, um so mehr Ausfuhr hat Polen, das es durch die Entscheidung nicht mehr veranlaßt werden kann, die vollendeten Tatsachen, gegen die Danzig Beschwerde eingelegt hat, rückgängig zu machen. Wenn nun schließlich durch eine Entscheidung zustande kommt, die den Forderungen Danzigs entspricht, die die Möglichkeit bietet, daß der Völkerbund durch ein Danzig zur Einleitung seiner Entscheidung zu zwingen. Das Amt lautet ganz einfach: Keiner! Denn der Völkerbund als solcher besitzt keine Exekutivgewalt.

Man sollte meinen, daß die Polen angesichts dieser offensichtlich schwachen Position der Freien Stadt Danzig auf die Anwendung gewalttätiger Mittel zur Einverleibung der Freien Stadt in ihr Staatsgebiet verzichten und sich mit der langsamen, sorglosen „friedlichen“ Abwicklung Danzigs begnügen könnten — in der Erwartung, daß das kleine Staatswesen, das unter dem fruchtbringenden Schutze des Völkerbundes zu leben verlernt, früher oder später doch einmal dem Druck der politischen Übermacht erliegen werde. Der Polen scheint diese friedliche Verfahren aber zu langwierig, vielleucht auch auf die Dauer zu kostspielig zu sein; denn sie sehen, wie neue Meldungen bestätigen, ihre militärischen Vorbereitungen im Korridor fort, so daß die Gefahr eines polnischen Handstreichs auf Danzig (vielleicht auch auf reifenbezüglichen Gebiet), der nach dem bekannten englischen Pressenachrichten, die sich auf die polnische Seite beziehen, von Gou zu Gou steigt. Die Aktivität, die die Polen vor den rechtsbestimmten und Danziger Grenzen entfalten, geht über das Ausmaß der üblichen Minderwertigkeit ganz erheblich hinaus. Sie trägt zu mindern den Charakter einer militärischen Demonstration, durch die auf Danzig hin, Deutschland ein Druck ausgeübt werden soll, oder den Charakter einer Probeabteilung, deren Formlosigkeit durch Verweigerung der polnischen Regierung nicht ausbleiben konnte, sondern durch neuen Meldungen ist im Korridorgebiet eine aus Freiwilligenverbänden zusammengesetzte Reservearmee aufgestellt worden, die nicht nur mit Karabinern, sondern seit einiger Zeit auch mit schweren Waffen, Geschützen, Maschinengewehren und Tanks ausgerüstet und der Führung aktiver Offiziere und Unteroffiziere unterstellt worden ist. Die Beschlüsse, die am 7. März d. J. in einer Besprechung des Kommandierenden Generals des VIII. Armeekorps in Ebern mit den Führern der pommerellischen Wehrverbände bezüglich der Schaffung einer Wehrverbände Reservearmee gefaßt worden sind, sind im wesentlichen überholt. Die Wehrverbände im Bereich des VIII. Armeekorps, das den ganzen Korridor umfaßt, sind den aktiven Truppen angegliedert, in den allgemeinen militärischen Operationsplan eingebordnet, in ihrem Mannschafbestand durch die verstärkte Freiwilligenwerbung ergänzt und in ihrer Ausbildung in allen Wesen vervollkommen worden. In der erwähnten Besprechung hat der Leiter der Mobilisationsabteilung erklärt, daß „der Versuch des VII. Armeekorps, die Reichsarmee der Wehrverbände als Ganzes als ein Ganzes zu tun, ist in Deutschland ein für allemal seine Rechtmäßigkeit auszutreiben“. In diesen Tagen wird eine Abordnung des Verbandes der italienischen Frontkämpfer Gelegenheit haben, sich selbst ein Urteil darüber zu bilden, ob diese militärische Aufrüstung Polens lediglich der „Verteidigung eines unpolnischen Landes gegen deutsche „Reichsbesitzer“ dient oder ob dahinter nicht vielmehr die Absicht eines bewußten Angriffs steht auf Gebiet, die Polen die Verluste ersatzlos für sich vertragen zu lassen, die sich für sich selbst gehört hat. „Bleibt die Italiener von ihrer Fahrt durch den Korridor den von ihren polnischen Vorgesetzten beabsichtigten Eindruck mitnehmen, daß jeder Versuch einer Grenzretrogression zu Deutschlands Gunsten unangenehm einen Krieg herbeizuführen muß, da Polen das streitige Land niemals komplex an seinen deutschen Besitz zurückgeben wird. Vielleucht aber werden sie tiefer leben und erkennen, daß die Kriegsgesahr — auch ohne Rücksicht auf die deutsche Wehrverbände — mit jedem Tage wächst, in dem Polen kein gefahrloses Spiel mit dem „Waffen“ in der Hand hat, die sich für sich selbst geltend machen werden, die einsehen, daß man dem Frieden dann am besten dient, wenn man den Deutschen an den Obergrenzen zu ihrem Recht verhilft und den Polen die Möglichkeit nimmt, eine Macht zu bekommen, die ihnen nach dem Urteil der Geschichte nicht inreht.“

Die polnische Mentalität.

Unter der Überschrift „Polnische Colerian und deutscher Chauvinismus“ druckte der „Kurier Poman“ am 30. April d. J. einen Artikel seines Schriftführers (I. Berichterstatters, dessen Einleitung wir unten nicht vorzubereiten wollen, weil sie zu ungenügend verständlich für die Mehrheit der polnischen Leserschaft ist. „Die polnische Colerian ist sprachlos. Unsere Geschichte zeigt davon herab.“ Die Herausziehung von Juden nach Polen durch dessen Könige, die Heranziehung deutscher Kolonisten nach Polen durch polnische Gutsherren und die Verteilung verschiedener Vorrechte an sie (und wie haben sie die Deutschen später, nachdem diese ihre Kolonisationsarbeit geleistet haben, behandelt!) — das sind geschichtliche Bezeu- gungen religiöser und nationaler Colerian, deren sich kein anderes Volk in Europa rühmen kann. Und es geht nicht in dem jetzigen polnischen „Polen“ das nach dem Weltkrieg erst aufgetaucht worden ist. „Die polnische Sowjetmacht (I) gegenüber den nationalen Minderheiten ist wirklich rührend. Millionen von Juden, denen der Friedensvertrag das eigene Vaterland (gemeint ist Palästina) niederzulegen hat, denken nicht daran, in dieses Vaterland zurückzukehren; denn es geht ihnen in Polen besser als in eigenen Lande. Und wenn einige Söhne Israels den Mut aufbringen und nach Palästina abwandern, so geschieht dies nur auf kurze Zeit und dazu, um von dort andere nach Polen zu bringen, die Polen noch nicht gegeben haben. (Sowjet wären für noch andere nicht geeignet, weil sie nicht bereit sind, die Welt zu verlassen (2)).“ „Danach braucht man nicht zu reden. Es genügt, die Angelegenheit der 80 000 Optanten zu erwähnen, die letztendlich für Deutschland optiert haben, die aber, nachdem sie sich von dem Wohlstand des deutschen „Paradieses“ überzeugt haben, um nichts in der Welt in ihr Vaterland zurückkehren wollten, und heute geht es ihnen in Polen besser als in Deutschland. . . .“

Was soll man dazu sagen? Entspringt dieser Grad von Verlogenheit einer grenzenlosen Kolonialität oder einer letztendlich Böswilligkeit? Man hätte solchen Äußerungen zunächst fallungslos gegenüber; man versteht nicht, wie ein Volk geschichtliche und gegenwärtige Erfahrungen in solch schlauer Weise auf den Kopf stellen, wie einem Volk so jede Fähigkeit der Selbstkritik und der Selbstkritik fehlen kann. Nicht die geringste Andeutung findet sich in diesen Sätzen, daß das polnische Volk im Laufe seiner 1000jährigen Geschichte auch nur eine einzige Herablung begangen haben könnte, die mit den Forderungen menschlicher Gerechtigkeit und christlicher Nächstenliebe im Widerspruch steht. Wie sehr muß dieses Volk alle Maßstäbe sittlichen Handelns misachten, um das Land, das es allein im Laufe weniger Jahre über 10 Millionen deutscher Flüchtlinge heraufbeschworen hat, in einem dements zu überführen, die sich nicht unterscheiden! Was mußes wohl sein haben es sich gegen die Deutschen sein, wenn es die Brutalität dieser Verdrängungspolitik mit seiner nationalen Ethik für vereinbar hält! Und wie grenzenlos muß die Überheblichkeit eines Volkes sein, das sich für den „Messias unter den Völkern“ hält und dabei wie ein Schuldbund unter den mehrlosen Opfern wütet, die ihm das Schicksal in die Hand gespielt hat!

„Völker besitzen genau wie Menschen ihre Persönlichkeit“, heißt es im Vorwort eines unter dem Titel „Polen wider Polen“ erschienenen Heftes der polnischen Zeitschrift „Volk und Reich“, das sich in ansehnlich bauchstärkender Weise mit der Mentalität des polnischen Volkes auseinandersetzt. „Wenn wir das polnische Volkstum ins Auge fassen, dann eignet ihm die Genialität der Propaganda. Jeder Pole ist gleichzeitig sein eigener Reklamechef. In dieser Kennzeichnung liegt aber, sowie wir sie als politische ansehen, weit mehr als die Fähigkeit, einen guten Eindruck zu machen. Genialität der Propaganda erweitert die Wirkungsbereiche der Propaganda über den nationalen Bereich über die eigene Zukunftsdignität hinaus. Er vertritt nicht nur mehr, als er hat; er leidet mehr, als er ist, und umgibt sich, biblisch gesprochen, mit einer Einfühlbarkeit, die ihm nicht zukommt. Kurz und gut, in der Genialität der Propaganda liegt, wie man sieht, innerliche Grenzlosigkeit oder die Unfähigkeit, Maß zu halten. Es ist kein Zweifel, daß das polnische Volkstum aus der Welt eine Tugend gemacht hat. Die staatlichen Kulturen, die kulturellen Hervorbringungen, die Weltanschauungen, die Weltanschauungen der kulturellen Kulturen liegen, all jene Gebiete, auf denen sich die großen Völker Mittel- und Westeuropas hervorgetan haben, fehlen dem polnischen fast völlig. Das Polentum ist sozialgenau farblos durch die Welt gegangen. Was an großer Architektur in Polen zu finden ist, ob in Warschau, Krakau oder Gnesen, ist ausnahmslos deutsches Werk. Die inneren Ordnung des alten polnischen Staates, die des heutigen geht auf die deutsche Rechtsordnung zurück. Das alles beruht den Polen nicht. Er lebt bereits der Vergangenheit, er ist nicht mehr in dieser Welt eingebettet, daher ist es ihm nicht nur fast mehr häßlich, sondern anderen glaubhaft machen kann. Darin liegt der tiefste Gegenstoß zum Deutstum, welches gleichsam die Metaphysik des Wirklichen für sich erobert hat.“

„In der polnischen Genialität der Propaganda liegt ein außerordentlich lebensmüdiges Zug des polnischen Volkstums. Polnische Öffentlichkeit liebt in diesem Sinne ihren ganz besonderen Charakter: Sie ist gewiß kollektiv, und dennoch erscheint das Gebotene doppelt wertvoll. Wie der Volkstager sich über sich selbst erhebt, so erhebt er den

Gult über den Alltag. In dieser Eigenschaft steckt ein hohes Maß höchst lebendiger nationaler Energie. Dennoch bleibt es wahr, daß die Kunst der Propaganda heute die größte Gefahr bildet, in der Polen schwächt. Die heutigen Grenzen des polnischen Reiches (das ist, wenn man will, Bindlingsgegend) glaubt die Propaganda, die polnische Streitkräfte, die Salen bei Koffee und Nikot in den Grenzenlosigkeit morden, und da er grenzenlos ist, da ihm das innerliche Maß fehlt, das Bemühen seiner Wirklichkeit, so liegt in dem heutigen Zustand, ebenso wie vor 130 Jahren, die Möglichkeit einer Enttäuschung.“

Sin und wieder hat sich das deutsche Volk für seine Nachbarn, auch für die Polen, begeistert. Vor etwa 100 Jahren gab es kaum einen deutschen Vorker, der nicht ein Polenland geduldet hatte, aber mit diesen dann kein Gleichnis auf polnischer Seite. Damit kommen wir zur dritten Wirkung der Propagandagenialität des Polen. Die Überbereicherung des eigenen Ichs läßt nichts neben sich gelassen. Hier liegt die psychologische Wurzel der polnischen Unbuddhamkeit in allen Fragen des Minderheitenrechts. Hier liegt die immer wieder herortretende Fähigkeit zur Brutalität und Lautstärke. Hier liegt die Quelle des Erbittert, mit der man bitterste Mord und Tod unabhäugig Menschen betrautet. Hier liegt ein Mangel an Verantwortungsgewissen. Wer sich über seine eigenen Grenzen hinaus und über zum Glauben daran vertritt, sich niemals in der Lage sein, den anderen gelten zu lassen. Daraus ergibt sich weiter, daß die polnische Propaganda im tiefsten Grunde eine der größten Gefahren für die Erkenntnis europäischer Notwendigkeiten darstellt, weil die Welt von heute es sich nicht leisten darf, auf Illusionen zu bauen. Es behaft der Erkenntnis der Lage, wie sie ist; auch in der Offiziere gilt es, Ehrlich und Sein zu unterscheiden.“

Der polnische Machtstreben.

Unter den zahlreichen Verbänden, die sich die Pflege und Förderung des polnischen Machtstrebens in Polen zur besonderen Aufgabe gemacht haben, nimmt die „Liga zur Erweitererung Polens“ insofern eine besondere Stellung ein, als sie alle Gebietsforderungen, die von den verschiedenen anderen polnischen Verbänden im einzelnen erhoben werden, vereinigt und für die einen großen Förderung einer polnischen Großmacht zusammenfaßt, die von der Ober bis über Smolensk hinaus, von der Ostsee bis zum schwarzen Meer, von Mähren bis zur Simonsen Bucht reichen soll. Spezielle Aufgabe dieser Organisation ist es, unter der Führung die Idee eines Großpolens und den Gedanken einer Erweiterung der polnischen Machtstellung in Europa nach Kräften zu wecken und zu pflegen. Die Organisation ist auf militärischer Grundlage aufgebaut. An der Spitze dieser Liga steht eine Reihe hervorragender Vertreter des Regierungslagers, u. a. der bekannte Anwalt Pilsudski, Wladislaw Sieradzki, Militärischer Sekretär der Organisation ist der Oberbefehlshaber des Reichsmilitär mit Rang Kommandant Pilsudski. Die Zeitschrift „Medy Mocharstomie“ ist eine Beilage der Hauptzeitschrift der Organisation, „Mocharstomie“ (Der Machtträger). Nach Angabe des Blattes soll der „Medy Mocharstomie“ eine Schule für staatsbürgerliche Erziehung der Jugend im noch nicht gefestigten polnischen Alter sein. In diesem Sinne werden in der genannten Beilage für die Lehrer und Mitglieder der Organisation besondere Aufgaben militärischer, erzieherischer und sonstiger Natur veröffentlicht, für deren Erfüllung Preise und Belohnungen ausgesetzt werden. In einer der letzten Ausgaben des „Medy Mocharstomie“ befindet sich eine Ausgabe nachstehenden Inhalts: „Welche von den Provinzen Polens, die sich auf beiderseitiger Cardkarte nach unter feindlicher Okkupation (I) befinden, müssen von uns zum Zwecke der Aufrechterhaltung der politischen Unabhängigkeit zurückerobert werden und warum?“

„Die auf dieser Karte eingezeichneten Provinzen, die zurückerobert werden müssen“ sind: (Die hier abgeführten Besprechungen sind Übersetzungen der polnischen Besprechungen auf der Karte.)

1. „Polnische Land, das germanisiert wird“ (ganze Wehrpreußen, die Provinzen die Rumark und ein Teil der Mark mit dem ganzen Lauf der Oder und den Städten Frankfurt (Oder), Küstrin, Stettin usw.).
 2. „Polnische Land unter deutschem Joch“ (Ostpreußen).
 3. „Ein Teil Litauens, das von Mitterland der Republik abgetrennt ist“ (das gegenwärtige Litauen).
 4. „Der gegenwärtige lettische Staat“.
 5. „Der gegenwärtige estnische Staat“.
 6. „Ein Teil Finnens unter dem Joch der roten Eroberer“ (ein Teil des heutigen Wehrstaats mit Polok, Smolensk usw.).
 7. „Ein Teil des Reichslands unter dem Joch der roten Eroberer“ (die gesamte Ukraine mit Kiev, Charkow und Wolina, im Süden bis zum schwarzen und im Südosten bis zum Asowschen Meer und dem Borderkafkasus).
 8. „Früher zu Polen gehörendes Land“ (ein Teil des heute tschechischen Schlesiens und Mährens).
- Nach unter Dankes bringt die Karte, den Teil der im Jahre 1918 befreiten Republik (heutiges Polen).

Der Korridor als europäische Frage.

Iber dieses Thema sprach auf der Pfingsttagung des Vereines für das Deutschland im Ausland in Elbing Regierungsrat Dr. Soebcke aus Marienwerder. Diese Frage ist keineswegs nur eine Angelegenheit des deutschen Volkes. Sie rührt auch an die Zukunft des polnischen Volkes, und mehr als das: sie ist bereits eine europäische Frage geworden. Der Korridor ist heute Gegenstand der internationalen Diskussion. Die Grenzziehung im Osten muß als Ganzes betrachtet werden. Das oberflächlich bängt mit dem Korridorproblem zusammen. Aber den Kernpunkt bildet, das Problem der Korridorfrage ist das Kernstück des europäischen Ostproblems. Der Begriff Korridor ist Bestandteil des internationalen Sprachgebrauchs geworden. Er deutet auf ein künstliches Gebilde, das nur als Durchgang dienen soll, nicht um seiner selbst willen da ist. Das ganze unter Weichselland bildet einen geographisch bedingten einheitlichen organischen Körper, der durch die neuen Grenzen zerstückelt worden ist. Der geologisch-geographischen Einheit entspricht auch das geschichtliche Schicksal dieses Raumes. Schon in der frühgeschichtlichen Zeit und bis zum Bestehen der Deutschen im zwölften Jahrhundert hat es nördlich der Weichsel keine Polen gegeben. Erst der Versailles Vertrag hat sich über diese geographischen und geschichtlichen Zusammenhänge hinweggesetzt. Daß man sie nicht ungescheit erteilen kann, zeigen die Folgen, die sich aus diesem Konstruktionsfehler ergeben haben. Von den Folgen sind in erster Linie die unmittelbaren Anlieger betroffen, zumal wenn, wie hier geschehen, die Grenze nicht gerade im Rückblick auf wirtschaftliche Zusammenhänge gezogen worden ist. Eine Korridorlinie im Schenitzschgebiet an der Grenze würde allerdings dem Stand der Dinge nichts ändern können. Das aus dem Reinkörper herausgeschnittene Korridorgebiet stellt jetzt eine wirtschaftlich tote Zone dar. Neben der Störung des Güterauslaufes wird die Lage des deutschen Ostens höchst nachteilig beeinflusst durch die Abweidung der Verkehrsverbindungen. Der Korridor hat aus dem kunstvoll organisierten Verkehrsnetz des deutschen Nordostens das Mittelstück herausgeschnitten. Die Fragen des Verkehrs bilden einen der wichtigsten Bestandteile des Korridorproblems. Die auf ihn einwirkende reibungslose Durchführung des privatisierten Personenverkehrs durch den Korridor kann über die tatsächlich beherrschenden Schwierigkeiten nicht hinwegtäuschen. Daß, wie Polen behauptet, der Korridor in Bezug auf den Verkehr praktisch „unzuführbar“ geworden ist, trifft nicht zu. Sowohl im Personen- wie im Güterverkehr befehlen noch eine Fülle von Schwierigkeiten und Mißständen. Doch eine Erleichterung und Verbesserung des Verkehrs in der Ostmecklenburg war nicht in der Absicht. Polens liegt, bemerkt die „Mitteilungen der polnischen Konsularverwaltung“, die es nicht mit dem Mittel der Kompromisse um die künstliche Umbugung des Verkehrs aus dem polnischen Hinterland zur See küste unter Umgehung deutscher Verkehrswege zu ermöglichen. Die polnische Verkehrs- und Wirtschaftspolitik ist nur ein Werkzeug der Machtpolitik des polnischen Staates, deren Wege sich aus der dunklen Türröhre vor einem ungewissen Schicksal erklären. Aus dieser Türröhre erklären sich auch die Verläufe, die nationalen Widerstände um jeden Preis zu polonisieren. Aus dem Wohlwollen der Unwissenheit des Volkes erklärt sich vor allem die über-

spannung alles Militärischen in Polen und die Anhebung militärischer Kräfte im Korridor und um Ostpreußen herum nicht über das notwendige Maß hinaus, die naturgemäß, bei dem starken Mißverhältnis der Kräfte, in Deutschland als Bedrohung angesehen werden müssen. Die Meinung, daß der unzufühbare Verkehr des Korridors nur dann gefördert sein kann, wenn auch die angrenzenden Gebiete, zumindest Ostpreußen, nicht mehr zum Deutschen Reich gehören, stößt aus zahlreichen Stimmen maßgebender polnischer Vertreter. Zerstückelung wird zwar politischer Seite sogar dem Probleme des Korridors ein „Problem des Verkehrs“ gegenübergestellt und in publizistisch-historischer Weise erörtert. Selbst seine Schulungselemente verläßt Polen durch gefällige Wandkarten von dem polnischen Charakter Ostpreußens und dem polnischen Anrecht darauf zu überzeugen. Derartige Mittel sind nur ein Beweis für die Schwäche der polnischen Position. Die wirklich tatsächlichen Beweise, die Polen vorbringen kann, um nachzuweisen, daß das Korridorgebiet zu Recht zu Polen gelangt und sein Verbleib für Polen eine Existenzfrage ist, fallen bei näherer Betrachtung in sich zusammen, mögen die geographischen, wirtschaftlichen, historischen oder ethnographischen Art sein.

Die Folgerungen aus der Erkenntnis des heutigen Zustandes sind zweifacher Art: für Europa und für uns Deutsche. Europa hat die Pflicht, auf eine andere Gestaltung der Dinge im Osten hinzuwirken, und zwar ohne Verzug, da sich der hier entstandene Gefahrenherd von Tag zu Tag vergrößert. Für uns Deutsche ergibt sich nicht zuletzt aus der Sorge um Danzig und sein Verbleiben als erste Pflicht, um mit den Dingen verfahren zu machen, die hier auf dem Spiele stehen, weitere Aufklärungsarbeit im eigenen Volk zu leisten und im Sinne einer deutschen Lösung mit allen Kräften zu wirken. Aus eigener Kraft allein werden wir die Frage des Korridors, die eine Frage der deutschen Freiheit und der Zukunft unseres Volkes ist, freilich nicht lösen können. Denn die Grenzziehung im Osten ist, zusammen mit der Zerlegung Ostpreußens, das Kernstück der Versailles Regelung und daher eine Frage nicht der Deutschen oder Polnischen, sondern der Europäischen, ja der Weltweite. Denn Sache ist es, zu bestehen, daß es ihr wirklich ernst ist mit der Absicht, der Welt den Frieden zu bewahren.

„Die klassische Wunde im Osten Deutschlands.“

Der Sonderkorrespondent des „Daily Express“ in Danzig, Greenwall, hat mit der Veröffentlichung einer Artikelreihe begonnen, in der er das Ergebnis einer Studienreise nach Danzig und in den Korridor beschreibt. Er sagt u. a., er werde nicht überleben und sich alle Mühe geben, das Korridorproblem zu lösen, aber er solle nicht unterlassen, die Korridorfrage zu klären. Er hat es in den Osten Deutschlands, durch die zweieinhalb Millionen Deutsche von ihrem Mutterlande abgetrennt sein, eine dauernde Gefahr für den Frieden Europas bildet. Um Korridor hätten die Urheber des Friedensvertrages das Schlachtfeld für den nächsten europäischen Krieg geschaffen.

Um Studium der Verhältnisse an der deutschen Ostgrenze berechtigt gegenwärtig im Auftrage des englischen Parlamentes eine bestehende Kommission Schelien.

Der neue Gouverneur des Memelgebietes.

Der litauische Generalkonsul in London, Gylis, wurde nach Rommer's Ableben, die nicht widerrufen worden sind, als Nachfolger Merkus' zum Gouverneur des Memelgebietes ernannt. Die Tatsache, daß die litauische Regierung auf diesen wichtigen Posten nicht, wie es ursprünglich hieß, einen Mann aus der inneren Verwaltung oder einen Militär berief, sondern einen Mann aus dem litauischen Aufwärtigen, muß als sehr bedeutsam gemerkt werden. Es wird in Zusammenhang mit dieser Ernennung vermutet, daß fortan das Memelgebiet nicht wie ein halber litauischer Provinzteil angesehen wird, sondern es ist auf Grund internationaler Verträge mit belebten Rechten ausgeschaltet autonomes Gebiet, und daß man auch von den bisherigen Methoden mehr oder weniger verhärteter Diktator Abstand nehmen will. (S) Gylis ist bisher politisch nicht bezogen. Er war vorwiegend im litauischen Konsulardienst tätig. Seine Laufbahn begann er kurz nach der Errichtung des litauischen Staates als Konsulatschef im Ministerkabinett. Als konsularischer Beamter war er in Sanktland und Holland, Dänemark und England tätig. Als Konsul in Königsberg hat er auch die deutschen Verhältnisse kennengelernt. Seine gegenwärtige Position hat er seit dem Jahre 1930 inne. Gylis lebt im 46. Lebensjahr.

Die gleich nach dem Wahlen zum Memelländischen Landtag aufgestellten Gerichte über einen bevorstehenden litauischen Gewaltstreik im Memelgebiet, die durch die Zusammenziehung großlitauischer Schützenverbände gemindert wurden, wurden von der Rommer's Regierung natürlich völlig demantiert. Jedoch hat Rommer noch immer nicht eindeutig zu erkennen gegeben, welchen Kurs es hinsichtlich in Memel einzuschlagen gedenkt. In der „Spionageaffäre Meyer-Decker“, die am 24. Mai vor dem Rommer-

Reisegericht verhandelt werden soll, nebmen die Litauer eine Forderung, die wenig geeignet ist, an Verhörsabsichten glauben zu lassen. Decker wird in der „Anklagefristung“ zum Verwurf gemocht, daß er mit den Führern der memelländischen Parteien Meyer und Conrad, über die Möglichkeiten eines memelländischen Aufstandes gegen die litauische Regierung und dessen Unterstützung durch die deutschen Wehrverbände verhandelt habe. Decker soll sich durch Meyer „Material“ für einen öffentlichen ausliegenden Aufstand über den litauischen Schützenverband beschafft, sich mit dessen Hilfe über die politischen Pläne der litauischen Regierung informiert und auf einer Autostop durch Memelgebiet besonderes Interesse für die Kolonien und andere militärisch wichtige Dinge bekundet haben. Die beiden Deforen haben sich über den Anklagefall auf Grund des § 111 des St.-G.-B. der Zwangsarbeit nicht über acht Jahre vorbest, schuldig gemacht. Es käme für sie aber auch der § 49 in Frage, der mildere Umstände für den mißglückten Verwurf vorsehe.

Militärische Schienerausbildung auch in Litauen.

In den höheren Schichten der Mittelschulen in Litauen ist die in den Anstalten des litauischen Militärschulwesens. Kürzlich haben Manöver der Gymnasien statt, an denen sich die Schüler des Rommer's polnischen II. Gymnasiums einerseits, die Schüler des litauischen katholischen Gymnasiums andererseits unter Führung militärischer Lehrkräfte beteiligten. Die Polen befehligen den Vorort Petrofshagen, der jedoch von den Litauern angegriffen wurde. Es wurde ein Kampf mit allen Waffengattungen vorgeführt. Ein Beweis dafür, daß die Litauer in der militärischen Erziehung ihrer Jugend den Polen in nichts nachstehen.

Polnische Hezē gegen den Landrat Dr. Zimmer.

Vor einiger Zeit verbreitete die polnische „Presse die Kadrotz, daß der Lehrer Vanz von der polnischen Mindererschule in Ploßfalten (Kreis Ortelsburg) von Rationalisten ermordet worden sei. Ergeben ein polnisches Ärztekollegium in Polen, dem die preussischen Behörden die Verhe zu Erforschung der Leichensache überlassen hatten, feststellte, daß Vanz an Choleraoxygasvergiftung gestorben war, wurde die polnische „Presse“ über die „Kadrotz“ als „Mordanschlag gegen polnischen Volkes und als Opfer der preussischen Minderheitspolitik zu verurteilen, dessen unfehlbar verurteilt. Was nach Rade schrieb. — In dieser infamen Fuge haben die Polen nun eine neue hinzugefügt: Sie haben wieder einmal einen „Vorkämpfer der polnischen Minderheit“ in Deutschland mit dem — völlig unorientierten — gloriosen des nationalen Märtyrertums umgeben. Man erinnert sich der Vorfälle in Nikolaiken, die im letzten Jahre nicht nur Polen in kindliche Aufregung versetzten, sondern auch im Ausland dank der ebenso gescheiterten wie verlogenen polnischen Propaganda lauten Widerhall fanden. Schon damals hatten die Polen behauptet, daß die moralische Schuld an dem Vorgängen in Nikolaiken dem Landrat des Reiffes Stuhm, Dr. Zimmer, zuführen sei. In den letzten Monaten hat nun eine neue, unerhörte Hezē gegen diesen, den Polen verhassten Landrat eingeleitet. Dabei wird von den Polen die Caklik verfolgt, die Hebrartikel nicht in der den deutschen Gerichten unterliegenden Polenbündnisse, sondern in den Blättern jenseits der Grenze zu veröffentlichen. Diese Blätter, die keine Strofen wegen Verleumdung zu befürchten haben, sind seit Monaten damit beschäftigt, das „Schreckensregime“ der Stuhmer Landräte ihren Lesern in den schmählichsten Worten zu schildern, wobei nicht einmal nur der persönlichen Ehre des preussischen Landrats und seiner Gattin halbgarnet wird; namentlich die letztere wird in der gemeinen und ehrenrührigen Weise beschimpft und verächtlich. Allen voran markiert natürlich wieder der „Kurjer „Dojanski“; dieser hat am 19. März; einen Artikel gebracht, vor dem alle, was dieses „Blatt“ bis dahin über den Landrat Zimmer zusammengekommen hatte, verblüht. Ein „Seitlicher“ wird in dem Landrat in Stuhm, Zimmer, zu Tode gepöbeln, in weil dieser die polnische Sprache nicht zu verstehen wolle.“ In dieser ungeheuerlichen Uberschrift, der dann entsprechende Einzelbarstellungen folgten, ist auch nicht ein wahres Wort. Wahr ist vielmehr, daß den deutschen Katholiken, die die große Mehrheit bilden, in Nikolaiken seit Jahr und Tag in ihrer religiösen Betätigung dadurch fortwauernde Schwierigkeiten bereitet worden, daß von dem polnisch-gesinnten Ortsparter Zimmer fast ausschließlich polnische Gottesdienste und Predigten gehalten wurden. Nach jahrelangen Bemühungen gelang es schließlich vor einiger Zeit, die polnische Pöbeln eine polnische „Behandlung“ der Kirche durchzuführen, so daß die Gottesdienste jetzt in gleicher Zahl deutsch und polnisch abgehalten werden. Zufällig erkrankte in derselben Zeit, in

der dies geschah, der Pfarrer von Nikolaiken, ein alter, schon seit Jahrzehnten kränklicher Mann. Dieses zufällige Zusammenreffen zweier voneinander ganz unabhängiger Ereignisse gab nun dem „Kurjer „Dojanski“ den Anlaß zu einer ungläublichen Hezē, indem er einen zufälligen Zusammenhang zwischen der erwähnten Änderung in der kirchlichen Stellergabe und der Erkrankung des Pfarrers erdichtete und darüber hinaus dessen Krankheit auf die polnische Gemütskrankheit des Stuhmer Landrats zurückführte! Damit nicht genug; die polnische „Presse“ berichtete sogar, daß der Pfarrer Spinger nicht nur erkrankt, sondern an den Folgen der „Gemütskrank“ des „polenfeindlichen“ Landrates gestorben sei. Unter dem 28. April brachte der „Dzien „Pomorski“ einen Artikel unter der Uberschrift: „Neue Barbarei in Nikolaiken. Wer trägt die Schuld am Tod des Pfarrers Spinger“, der mit der ungläublichen Feststellung beginnt: „Es ist bekannt, daß der Stuhmer Landrat die moralische Verantwortung für den Tod des Pfarrers in Nikolaiken trägt.“ Was ist aber in Wirklichkeit geschehen? Der Pfarrer Spinger ist gar nicht gestorben! Er lebt als neu ernannter Kommandarius seit einiger Zeit in Berlin! Sein Märtyrertod wurde von der polnischen „Presse“ also frei erfunden! Weber hat sich der Pfarrer Spinger denakt gelassen, seinen Tod in der polnischen „Presse“ zu bemerken, noch hat der Primas von Polen, Kardinal Hlond, der vor kurzem seinen Aufbruch zum polnischen „Verfallung“ genommen, einen Einfluß geltend gemacht, um diesen gemeinen Lügen der polnischen Blätter ein Ende zu machen, noch hat die polnische „Presse“ alle ihre Bemühungen richtiggestellt. Sie würde sich damit ja auch um den beabsichtigten Erfolg ihrer Hetzpropaganda bringen, um den Erfolg nämlich, daß in der polnischen Bevölkerung eine herberfällige Nachstimmung gegen die „brutale preussische Herrschaft“ erzeugt worden ist, die jedes Mittel zur Vermeidung des Gagners ergreift. Gibt es keine Stelle in Deutschland, die diesen schändlichen Erwerb Eindeutigkeit gebietet kann? Sämtlich das Zusammenkunft nicht für verpflichtet, die alle schändlichen angegriffene Erde eines höheren preussischen Beamten in Schak zu nehmen? Der polnische Außenminister Jaskolski hat in demselben Vorschlag zur „moralischen Abwärtung“ der „Volker unterbreitet, in dem u. a. auch die Verordnungen aufgestellt wird, daß die Staaten sich verpflichten sollten, durch eine entsprechende Ausgestaltung ihrer Strafgesetzbücher dafür zu sorgen, daß die „Presse“ keine falschen und gefährlichen Nachrichten verbreitet, die geeignet sind, das gute Einvernehmen der „Volker zu stören.“ Dieser „Gegner“ Jaskolski hat die polnische „Presse“ Gelegenheit, die polnische Hezē gegen den Landrat von Stuhm zur Sprache zu bringen und von dem polnischen Außenminister zu verlangen, daß er erst im eigenen Hause für „Anstand“ und „Wahrheit“ sorgt, ehe er sich erdreistet, den „Anderen“ moralische Vorhaltungen zu machen.

Fällt Raczmarek?

Es scheint so, als sollte der Mißerfolg der polnischen Minderheit bei den preussischen Landtagswahlen am 24. April d. J. das „System Raczmarek“ erschüttern. Dr. Raczmarek, der Leiter des „Bundes der Polen in Deutschland“, ist der Sünder, dem alle Gegner des „Pöbelnklagers, als dessen Vertreter in Deutschland Raczmarek gilt, die Schuld an dem Wahlmiserfolg anhängen wollen. Die Christlichen Demokraten und die Nationaldemokraten in Polen und die polnische Minderheit in Deutschland leben sich in der Forderung zusammen: „Fort mit Raczmarek!“ Der nationaldemokratische „Kurjer „Dojanski““ bekämpfte sich bitter darüber, daß Raczmarek der „föhigeren und tüchtigeren“ Jan Dajkowski, den Generalsekretär des Verbandes der polnischen Schulvereine in Deutschland, nämlich an die Wand gedrückt habe. Der „Dziennik „Wydolki““ schrieb unter der Uberschrift „Dr. Raczmarek muß zurücktreten!“ u. a.: „Das politische Lager in Deutschland ist, das muß man mit Schmerz beklagen, stark gespalten, trotz der „Pöbelnklagers“, des Dr. Raczmarek, eines langjährigen Mannes, der alten, verdorbenen „Sünderen“ den „Polenbund“ verleitet hat. Zur Opposition ist nicht nur die Berliner übergegangen, die sich unter der Fahne des „Glos „Polki““ gruppieren, sondern auch die Kleinbauern aus dem Marienburg Lande und einige 10 000 (!?) Mitglieder der katholisch-polnischen Organisation des „Verbandes der gegenseitigen Hilfe“ in Westfalen mit dem „Vater Franziskus“ in Mankonia an der Spitze. Herr Karun, es fällt aus der Wahlüberlage die Konfessionen ziehen und zurücktreten.“ Schwertes Gekläsch führt auch der erwähnte „Glos „Polki““ Berlins“ gegen den armen Raczmarek auf. Während der jehühnigen „Regierung“ des Dr. Raczmarek wurde nicht nur ein „Riesenkapital“ ungenutzt verschwendet, sondern es wurde auch das moralische Kapital vernichtet, über welches die polnische Volksgemeinschaft (!) in Deutschland in Form von im Jahre 1924 für die polnische Hilfe im ganzen Reich abgezogenen 112 000 polnischen Stimmen und über 50 000 Stimmen in Oppeln-Schlesien (d. h. Deutsch-Ober-Schlesien) im Jahre 1922 verfügt. Jeder, der sich um diese unglückseligen Raczmarek in Deutschland die „Gang“ machen sich zu sehen. Der „Glos „Polki““ will dem „diktatorischen Drange“ des Dr. Raczmarek ein Ende bereiten müssen; er will, wie er selbst

ausruft, die Befreiung des polnischen Volkes von dem „Joch“ der Diktatur des Dr. Raczmarek und seiner bezahlten Knechte vom „Landesverband III“ (d. h. vom Landesverband Berlin des „Polenbundes“). Es fordert „Selbstverwaltung der sozialen Arbeit in dem einzelnen Landesbezirk bei einem Zusammenarbeiten auf dem Gebiete der Kultur, der Volksbildung und Wirtschaft, einem Zusammenarbeiten, das die ganze Volksgemeinschaft (!) in Deutschland erfüllen würde.“ Weiter verfährt gegen den „Glos“, was er unter dieser „Bierlei“ praktisch versteht. Es geht in der Tat um die ganz lebenswichtige Frage, ob die „Glos“ ein System Raczmarek seit Monaten und jetzt nach dem Wahlen mit verstärktem Nachdruck übt, nichts anderes als der „Drang zur Futterkrippe“ (d. h. die „Pöbelnklagers“). Auch die „Pöbelnklagers“ der Christlichen Demokraten, insbesondere die „Polonia“ Korfantje, legt ihre Angriffe gegen den „Polenbund“ fort, dessen Unfähigkeit, wie sie meint, ausschließlich auf der Tatsache beruht, daß er völlig im Jahreswähler der „moralischen Sanierung“ des „Pöbelnklagers“ schwimmt. So bringt die „Polonia“ die anonyme Aufschrift eines „Oberwobners“, in der es u. a. heißt: „Ein munterer Punkt im Oppeln-Schlesien ist der Mangel an einer unabhängigen polnischen Zeitung, die dem polnischen Volke die unerschütterliche Wahrheit sagen würde. Es fehlen uns ungenügende politische Führer, und ich stelle fest, daß wir, solange der „Polenbund“ in seiner jetzigen Zusammenfassung der entscheidende Faktor in den Angelegenheiten des polnischen Volkes im Oppeln-Schlesien sein wird, bei allen folgenden Wahlen Zeugen eines Rückganges und nicht einer Zunahme der polnischen Stimmen sein werden.“

Wird sich das „System Raczmarek“ gegen alle an allen „Januarer“ Wahlen kommenden „Angriffe“ behaupten können? Vielleicht wird Raczmarek diesem Druck weichen und von seinem „Polen“ in der „Polenbündnisse“ zurücktreten müssen. Es ist aber doch fraglich, ob sich dadurch an der absteigenden Entwicklung der polnischen Minderheit in Deutschland, wie sie in den letzten Wahlen zum Ausdruck gekommen ist, etwas ändern würde. Die tieferen Gründe des Rückganges liegen doch ganz wo anders; sie werden auch dann nicht beboben werden können, wenn die leitenden Leute des „Polenbundes“ nicht in der bestmöglichen Lage angeordnet, sondern die nationaldemokratischen und christlich-demokratischen Kräfte entlassen, die sich heute als die allein befähigten Retter der „polnischen Volksgemeinschaft“ in Deutschland ansprechen.

Die Polenplage in Deutschland.

Bei einer an einem Stichtage vorgenommenen Zählung der von der preußischen Vorkriegskriminalpolizei geführten ausländischen Delinquenten ergab sich, daß von rund 100 im Reich sich aufhaltenden Delinquenten allein 30 polnische waren. Die polnische Fahnenflüchtigkeit ist demnach sehr groß. Es zeigt sich, daß polnische Soldaten den westlichen Weg und ihren Aufenthalt bei Goebrie in Deutschland wählten. Es handelt sich bei diesen Delinquenten um Leute, die den deutschen Polizeibehörden einwandfrei als Fahnenflüchtige bekannt sind und aus irgendeinem Grunde geflohen werden. Unberücksichtigt sind in diesen Zahlen jährliche Delinquenten, die sich unter falschem Namen und falscher Angabe ihres Berufs in Goebrie einbüßelten. Aufklärung erfolgt, sofern sie sich nicht gemeiner Verbrechen schuldig gemacht haben, meistens nicht. Außer diesen 30 werden etwa 40 weitere polnische Delinquenten geführt, die ausgemessen sind, aber das Reichsgebiet noch nicht verlassen haben. Je 10 polnische Delinquenten sollen gefolgt werden oder beobachtet werden. 30 Polen sollen vernommen werden. 15 polnische Refrakturen haben vor ihrer Einbürgerung die Landesgrenze überschritten. Die große Zahl von 30 gefolgt polnischen Delinquenten gibt Anlaß, großen Verdacht zu erheben, daß es um jenes Verbrechen, die im ersten Jahrbuch dieses Jahrhunderts geboren sind. (Die Zahl der in Deutschland geführten tschechischen Delinquenten beläuft sich auf 369. Weiterhin werden 97 Fremdenlegionen geführt. Die Polizeibehörden haben dann noch nach 27 französischen, 18 jugoslawischen, 16 rumänischen, 7 ungarischen, je 5 litauischen und italienischen Fahnenflüchtigen.)

In diesem Zusammenhang ist es angebracht, einmal auf eine andere, wenig erhellte Erscheinung hinzuweisen. Sie und wieder sprechen auch heute noch bei jeder oder jener Stelle im Reich junge Leute vor, die dort arbeitslos, daß sie Polen verlassen hätten, um nicht im polnischen Heere dienen zu müssen. Sie fühlen sich dabei als Märtyrer der nationalen Sache und halten sich daher für berechtigt, die Hilfe der zuständigen Organisationen bei der Beschaffung eines geeigneten Arbeitsplatzes oder auch einer direkten Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie wollen also daher noch belohnt sein, daß sie nicht nur vom polnischen Heere desertiert sind, sondern auch den Deutschlandspolken, auf den sie ihre Heimatverlässe in Polen geflohen sind, verlassen haben. Die polnische Heere aber vornehmlich Lehrer sind, und ihre Sehne wegen der Militärpflicht abzumachen wollten, was hätte dann noch dem Deutschum übrig? Die gewiß verständliche Abneigung gegen den Dienst im polnischen Heere ist kein Grund zur Abwanderung und gibt kein Anrecht auf den Empfang reichsdeutscher Hilfe.

Bedenklich ist es vor allem, daß die Bereitwilligkeit mancher Stellen zur Unterstützung Fahnenflüchtiger auch den Elementen ausgenutzt werden kann, für die ganz andere Gründe zum Verlassen Polens maßgebend sind, als die Abneigung gegen das polnische Militär oder der Glaube, daß es sich mit dem Verlassen Polens um ein Verbrechen aber vornehmlich keine, die Heimat zu verlassen, als geungenen im Heere einer feindlichen Macht zu dienen. Es gibt unter diesen Fahnenflüchtigen, wie schon wiederholt festgestellt werden konnte, auch solche, die von Polen selbst vorgeschickt worden sind, um unter dem Deckmantel politischer Flüchtlinge reichsdeutscher Hilfe zur Existenzgründung in Deutschland in Anspruch zu nehmen, sie gehen in Handwerksbetriebe, um dort im kleineren oder größeren Stille Wirtschaftsspielfeld für Vorhaben zu treiben; sie dienen als Sachverständiger nationaler oder internationaler Verträge oder sie erwerben auch deutsche Grundstücke in den Grenzgebieten, um auf diese Art das Potential in den deutschen Randprovinzen zu häufen. Zu früheren Jahren sind solche Vertriebenen auch als Optanten nach Deutschland gekommen. Sie haben sich dann mehrentheils in Flüchtlingslagern unterhalten lassen, dort unter ihnen, die wirklich wegen ihrer deutschen Gefühnung von Haus und Hof vertrieben worden waren, die Hauptbedenken mit den unzureichenden Hilfsmitteln der deutschen Behörden geführt und schließlich ohne Einbürgerung für ihr in Polen „acquisitives“ Eigentum von Deutschland hegen. Da sie deutsch sprachen, gegen ihre Ausnahme nichts einzuwenden war und der Name kein brauchbares nationales Erkennungszeichen ist, erragten sie zunächst keinen Verdacht. Eine Erragung wußten den Unglücklichen, die der polnische Haß aus ihres Heimats verdrängt hat, und diesen vorgefundenen polnischen oder polenfeindlichen Elementen ist naturgemäß sehr schwer. Daß sie aber vorhanden sind, haben namhafte Beispiele auch bei der Errichtung der polnischen Minderheitenvereine in den Grenzgebieten gezeigt, wo sie angekommen in den Vertriebenen, die vorher deutsche Hilfe in Anspruch genommen hatten, ihre Kinder namentlich in die polnische Schule schickten. Solche Fälle darf man bei aller Anerkennung, die der Notwendigkeit einer ausreichenden Hilfe für die Verdrängten zu zollen ist, nicht übersehen. Bei der Raffinertheit, mit der bei den Polen in ihrer Beherrschung Deutschlands in Werke gehen, ist in jedem Falle Vorsicht geboten. Sie darf nicht so weit gehen, daß denen, deren Leben sich durch die polnische Grenzpolitik zerstört worden ist, die gerade Unterstützung vorzubereiten wird.

Welche Folgen die Aufnahme polnischer Elemente in Deutschland zeitigt, mag nur ein Beispiel aus dem unteren Bereich zeigen: Nach weitestgehender Verhandlung verurteilte das Stettiner Schwurgericht kürzlich den 24 Jahre alten Polen Johann Marschollek wegen Kollisions und schwerer Diebstahls unter Einbürgerung wegen ihm in Stettin bereits verkindeten Urteils zu einer Gesamtsstrafe

von 15 Jahren Zuchthaus, Abkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre und Stellung unter Polizeiaufsicht, sowie den 26 Jahre alten Polen Eusepij Drost mit 11 Jahren Kollisions und schwerer Diebstahls gleichfalls unter Einbürgerung eines gegen ihn Stettin verkindeten Urteils zu einer Gesamtsstrafe von 12 Jahren Zuchthaus und Abkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 7 Jahre. Die Angeklagten hatten sich mit dem vor wenigen Wochen in Polen wegen Erschießung eines polnischen Grenzbeamten in Polen begründeten Franke (Frankenkoll) zusammengeschlossen und auf den Chaussees Autos angehalten und die Anlosen ausgeplündert. In den Abendstunden des 9. Januar dieses Jahres wurde die Bande auf der Chaussee in der Nähe von Gantow in vier Gruppen nach Stettin von zwei Landjägern angehalten. Dabei wurde Landjäger Krüger erschossen. Die Bande konnte zunächst entkommen, wurde aber später, bis auf Franke, der nach Polen flüchtete, festgenommen. Vor Gericht behaupteten die Angeklagten sich gegenseitig, die tödlichen Schüsse abgegeben zu haben. Bei der Verhandlung ergaben sich genaue Einzelheiten über das Rauberleben, das die Bande lange Zeit auf pommerellen und mecklenburgischen Landstrassen geführt haben. Der Staatsanwalt behauptete gegen beide Angeklagte wegen vorfindlichen und überlegten Mordes ein Todesstrafe beantragt.

Ein solcher Beifall sich polnische, meist sehr verlässliche Elemente überdies auch noch aus den Mitteln unterhalten lassen, die von deutschen Steuerbehörden aufgebracht werden müssen, bemerken nachfolgende Zahlen: Im Jahre 1929 wurden in Berlin 2164 Ausländer und 495 Staatenlose mit 776 369 Mark aus öffentlichen Wohlfahrtskassen unterstützt. Diese Summe ist im Jahre 1930 auf 1 236 517 Mk., die an 3665 Ausländer und 916 Staatenlose verteilt wurden, gestiegen. Unter den unterstützten Ausländern stellen die Polen des Hauptkontingent: Im Jahre 1930 wurden 987 Polen in Berlin wohlfahrtsunterstützt. Das ist die Summe, die allein von der Berliner Wohlfahrt an Ausländer und besonders an Polen verteilt worden ist. Wenn man eine entsprechende Statistik für das ganze Reich aufstellen würde, dann würde man vermutlich zu einer ganzen Reihe von Millionen Mark gelangen, die Deutschland alljährlich für die Unterhaltung von Leuten ausgibt, die im Interesse der deutschen Volksgemeinschaft umgeben werden abgehört werden müssen, um sie hinanzuführen. Mit einem lohnlos heftigen und gemeinschaftlichen „Socialismus“, wie er aus den erwähnten Berliner Zahlen spricht, muß endlich und gründlich aufgeräumt werden. Gerade Polen gegenüber hat Deutschland keine Veranlassung, in dieser Hinsicht ein lohnlos angebrachtes Entgegenkommen zu zeigen.

Auf dem früheren Truppenübungsplatz Hammerstein wurde ein Umschulungskursus freiwilliger Arbeitskräfte veranstaltet, der den Zweck hatte, Führer landwirtschaftlicher Arbeitskräfte auszubilden. Der Kursus, zu dem etwa 230 Männer aus allen Schichten der Bevölkerung zugelassen worden waren, sollte Führer ausbilden, die mit Arbeitstruppen von 10 bis 20 Mann aufs Land gehen und dort die Arbeit der ausländischen Saisonarbeiter übernehmen. Er sollte dem Landwirt landwirtschaftlicher Arbeitskräfte im Oben abhelfen und arbeitslosen Volksgenossen aus den Städten neue Lebensmöglichkeiten auf dem Lande geben. Diese im allgemeinen Volksinteresse liegende Arbeit war durch die Bemühungen des „Vereins zur Umschulung freiwilliger Arbeitskräfte“ ermöglicht worden, der die notwendigen Mittel zur Durchführung bereitgestellt hatte. Der Verein arbeitet in engem Zusammenhange mit dem Landvolkshilfswerk in Gumbinnen der ostpreussischen Provinz. Der Arbeitsmarkt wird dadurch in keiner Weise beeinträchtigt, da durch den Ausfall der ausländischen Saisonarbeiter, von denen im vergangenen Jahr noch über 60 000 in Deutschland beschäftigt wurden; in diesem Jahr ein Mangel an geführten Wanderarbeitern erwartet wird, der unter Umständen die Bestellung und Ernte 1932 gefährden könnte.

Drei polnische Lehrer ausgewiesen.

Der Regierungspräsident von Riesen hat drei im Kreise Bütow anlässigen Lehrer an polnischen Minderheitenschulen die Unterrichtserlaubnis entzogen, weil sie ihr Gehalt in Deutschland nicht so aufgesetzt hätten, wie es den für einen Sold notwendigsten Besoffenen entspreche. Da mit dem Fortfall der Unterrichtserlaubnis zugleich der Grund für den Aufenthalt der drei polnischen Lehrer in Deutschland entfällt, hat der Landrat des Kreises Bütow die drei Gewannanten die Aufenthaltserlaubnis entzogen. Daraus haben sie, wie erst jetzt bekannt wird, noch vor dem Pfingstfest Deutschland verlassen und sind nach Polen zurückgekehrt.

*

Wesjel im Schneidemühl Polenkonsulat.

Der polnische Konsul in Schneidemühl, Dr. Kajmierz Swarczewski, hat seinen Plan, im 30. April wegen Berufung in ein polnisches Ministerium in Warschau zu reisen, zu einem Nachfolger für die bisherige erste Sekretärin der polnischen Gesandtschaft in Riga, Jerym Smigielki, beauftragt worden. Dr. Swarczewski-Gerny hat das Konsulat in Schneidemühl vier Jahre lang, vom 1. April 1928 ab, geleitet.

Polen verweigert die Durchführung des Liquidationsabkommens.

Die Reichsregierung hat die Anrufung des im deutsch-polnischen Liquidationsabkommen vom 31. Oktober 1929 vorgesehenen Schiedsgerichts beschloffen, um ihm die Meinungsverschiedenheiten zu unterbreiten, die zwischen dem deutschen und dem polnischen Stellen hinsichtlich der Auslegung des Abkommens entstanden sind und auf diplomatischem Wege nicht haben beseitigt werden können. Man hat sich beiderseits bereits mit Vorbehalt in Verbindung gesetzt, um die Lösung des Schiedsgerichts in die Wege zu leiten. Nach Art. 4 des Abkommens wird von jeder Partei je ein Schiedsrichter ernannt. Der neutrale Vorsitzende des Schiedsgerichts wird von den beiden nationalen Schiedsrichtern gemacht, in Ermangelung einer Einigung auf Ersehen der Parteien vom schweizerischen Bundespräsidenten bestimmt.

Die Auslegungstreitigkeiten betreffen in der Hauptsache drei Fragenkomplexe. Einmal wird von der polnischen Regierung die Auslegung der rückständigen Erlöse für die vor dem Stichtage des Abkommens bereits durchgeführten Liquidationen, reichsdeutschem Eigentums unter Berufung auf das Abkommen verweigert. Es sind das Fälle, in denen der Liquidationserlös den Entschädigungsberechtigten aus verschiedenen Gründen rechtzeitig nicht oder nicht in vollem Umfange ausgehört werden konnte. So wurde von der polnischen Regierung ersichtlichlich der Wert der an liquidierten Grundlücken belasteten Hypotheken vom Erlös zurückbehalten, worauf dann der Eigentümer nachträglich die Inanspruchnahme erfolgte Abtretung der Hypothek nachweisen konnte. In anderen Fällen wurde dem Abnehmer des Eigentums oder etwa bei Mitterbengemeinschaft bis zur Klarstellung der Person des Entschädigungsberechtigten

der Erlös beim Gericht hinterlegt. Nach deutscher Auffassung sind diese rückständigen Beträge an die liquidierten Eigentümer heute noch auszusahlen, da sie keinesfalls unter den „Bericht auf finanzielle Ansprüche deutscher Staatsangehöriger“ fallen, wie er im Art. 2 des Liquidationsabkommens von Deutschland ausgesprochen worden ist.

Sodann meigert sich Polen, die Entschädigungen an die reichsdeutschen Anlieher aus dem Vermögenspächter zu zahlen, die durch das Amnulationsgesetz von 1920 aus ihrem Besitz vertrieben wurden. Die Entschädigungspflicht ist bei der polnischen Regierung entsprechend einer Entscheidung des Saager Schiedsgerichtshofes vom Völkerbundrat auferlegt worden. Es liegen hier demnach rechtskräftig festgestellte Ansprüche vor, die unter den „Bericht des Art. 2 ebenfalls nicht einbezogen werden können.

Die dritte Gruppe der strittigen Fälle bezieht sich auf die Auslegung des Art. 3, wonach Polen auf Liquidationen verzichtet, in fern die betreffenden Güter am Stichtage des 1. September 1929 nicht tatsächlich noch im Besitz der deutschen Eigentümer befanden. Es liegen aus Sülle vor, in denen reichsdeutsche Eigentümer ihre Beschlüsse nach durchgeführter Liquidation vor dem Stichtage haben verfallen lassen, die Enteignung aber selber vom Oberverwaltungsgericht in Warschau wegen Formfehler aufgehoben wurde. Nach polnischer Auslegung des Art. 3 unterliegen auch diese Beschlüsse der Liquidation. Die Reichsregierung verlangt demgegenüber die Rückgabe der betreffenden Güter, weil sie am Stichtage des Abkommens zwar nicht mehr im Besitz der Eigentümer, sondern doch auf Grund eines als nichtig erklärten Verfallsbeschlusses weggenommen waren.

Neues aus Polen.

Angriff auf die Autonomie Obkoberlesiens.

Vom Beschluß des Staatspräsidenten vom 14. Mai ist der obkoberlesienische Sejm zu unbestimmter Zeit ausgeschlossen worden. Das Regierungskabinet „Polenka Sadowa“ kündigte gleichfalls an, das in „altdeutschler“ und ein unabhängige Reorganisation des Sejms „im Geiste und im Interesse der Weltmarktpolitik“ erfolgen wird. Die Schließung ist als Folge des Konfliktes zwischen den Abgeordneten der Regierungspartei und dem Sejmarchall Wolny anzusehen. Der Sejmarchall hatte während eines Urlaubs einen Abgeordneten der Korfaupartei mit seiner Vertretung beauftragt. Die Vertreter der Regierungspartei haben sich daraufhin aus dem Sejmarchall zurückgezogen und gleichzeitig ausgedrückt, daß der Schluß des obkoberlesienischen Sejms bald ein Ende bereitet werden müßte. Diese Drohung ist nunmehr Wahrheit geworden, und zwar gerade vor der Verabschiedung wichtiger Gesetzesvorlagen.

Die Schließung des obkoberlesienischen Sejms ist ohne Angabe der Gründe erfolgt. Das Organ Korfaup, die „Polonia“, bemerkt hierzu, es seien zwar weder der polnische Staatspräsident noch die Zentralregierung in Warschau verfassungsrechtlich verpflichtet, in der betreffenden Verfassung die Gründe für die Schließung anzuführen, nach Ansicht des Wortes wäre aber eine Motivierung der Verfassung mit Rücksicht auf die erregte Stimmung in der Bevölkerung Obkoberlesiens eine politische Notwendigkeit gewesen. Auf jeden Fall befähigt sich der Eindruck, daß im Regierungslager diejenige Strömung gegenüber die Oberhand gewinnt, die für eine Aufhebung der schließlichen Autonomie oder zum mindesten für ihre praktische „Außerbetriebsetzung“ eintrete. Die „Polonia“ verzeichnet auch die Gerüchte, daß die Zentralregierung eine unmittelbare Verletzung des Autonomiegesetzes beabsichtigt, um das neue Schulgesetz, das im übrigen Polen mit Beginn des Jahres 1933 zur Anwendung gelangen sollte, ohne Befragung der Schließlichen Sejms auch in Obkoberlesien in Kraft zu setzen.

Die Raube des Galiziers.

Vor geraumer Zeit wurden der Bergwerksdirektion des Fuchten von Dieb plötzlich umfangreiche Kohlenlieferungen für die Polnische Staatsbahn entzogen. Bei auch sonst häufig auftretenden Auftragsmängeln liegen die Schuld daran ein für allemal und vor dem Kabinett nicht vermeiden. Als die Arbeiterorganisationen sich bezahlte an die Pfließlichen Grubenverwaltungen und diese an den Generaldirektor der Fuchtschen Pfließlichen Bergwerksdirektion, Dr.-Ing. h. Viktorius, wandten, verfuhr dieser ein Schreiben, in dem er äußerte, daß die Beschränkung der Belieferungen der Staatsbahn auf das Eingreifen des Kattowitzer Wojewoden Dr. Szrajnki zurückzuführen lie. Der Wojewode ließ daraufhin die Beschränkung rückgängig machen, und der Kattowitzer Kreisgericht wurde sich dem auch tatsächlich begeben, daß nicht der Wojewode, sondern eine Abteilung der Wojewodenschaft die Verringerung der Belieferungen herbeigeführt hatte. Bei diesem seinen Unterlass hat sich der Generaldirektor natürlich der „Verleumdung“ des Wojewoden schuldig gemacht. Dieser ließ sich nicht dazu herbei, den Straf Antrag zurückzuziehen, und das Gericht ver-

urteilte den Generaldirektor zu 14 Tagen Gefängnis, ohne die sonst mindestens in dem Falle ersten Verstoß wegen eines solchen Vergehens in Polen übliche Umwandlung in eine Geldstrafe zuzulassen. Dies Urteil ist jetzt von dem Obersten Gericht in Warschau bestätigt worden. Es besteht lediglich noch die Möglichkeit eines Gnadenaktes des Polnischen Staatspräsidenten, daß Generaldirektor Viktorius vor dem Gefängnis demarkt ließe. Nach dem Urteil aber gerecht Denkenbar würde es freilich eine starke Zumutung an einen so verdienstvollen Mann, mehr als vier Pfließlichen Grubenverwaltungen „bedürftig“ ausgereicht bei der Regierung eines Volkes von freigelegenen Skizzen um Gnade bitten zu lassen.

Sachlich hat Generaldirektor Viktorius, als er in Wahrnehmung berechtigter Interessen darauf hinwies, daß es eben der polnische Rationalismus gewesen ist, der den Arbeitern Brot und Lohn nahm, fraglos recht gehabt. Aber der Wille des polnischen Gerichtes ist es, einen Mann ins Gefängnis zu bringen, der seit mehr als 30 Jahren an der Spitze einer der größten Industrieunternehmen Obkoberlesiens steht und an diesen Töfen mehr geschaffen hat, als selbst dem Dr. Grotjakki bisher zu verdienen möglich gewesen ist.

„Polnische Lage“

In Polen „bürgerl“ sich seit einiger Zeit bei den deutschsprachigen Schulen die Einrichtung der sogenannten „Polnischen Lage“ ein. Das bedeutet, daß an diesen Tagen die Lehrer und Schüler sich der polnischen Sprache im Unterricht und außerhalb desselben im Unterricht bedienen, d. h. bedienen müssen. Denn diese Einrichtung ist in recht durchführiger Weise von den polnischen Schulaufsichtsbehörden den Schulen „aufgeleget“ worden. Man hat es selbstverständlich vermeiden, schriftliche Anordnungen herauszugeben, da man sich der polnisch unbeequem Erörterung einer solchen Maßnahme gern entziehen möchte. Die vielfach unter den polnischen Unterrichtsmaßnahmen verächtlichen Schulleiter haben leider in vielen Fällen den Wunsch der Schulaufsichtoren und Kreisbehörden nachgegeben. Am liebsten wird aus Konzeptionen gemacht, daß teilweislich jeder polnische Tag „Polnische Lage“ ist! Schließlich wird das ganze Jahr nur noch aus „Polnischen Tagen“ bestehen. Diese Maßnahme bedeutet ein weiteres Glied in der Kette der Entbehrungsmaßnahmen der polnischen Behörden. Die deutschen Kinder, die schon auf der Straße und mit polnischen Altersgenossen überwiegend polnisch sprechen, d. h. sprechen müssen, um nicht belächelt zu werden, werden durch solche Maßnahmen immer härker des Gebrauchs ihrer Muttersprache entzogen. Der ganze Sinn und Zweck der deutschsprachigen Schule wird zerstört, wenn man neben dem starken Unterricht in Polnisch nun auch dazu übergeht, die Umgangssprache der Kinder untereinander, wenn auch zunächst nur an bestimmten Tagen, polnisch zu machen.

Der Ostwind hilft Dir!

Wißt Du ihm helfen? Dann wirb Wiffstheber für ihn und Helfer für sein „Ostland“! Dadurch förderst Du wirksam die uns allen gemeinnamige Sache der Ostmark!

Siedlungs- und Wohnungswesen.

Kolonien im Osten!

Auf der Elbinger Pflanztagung des Vereins für das Deutschtum im Ausland sprach Regierungsrat a. D. Hauptmann über das Siedlungsproblem, er führte in der nachfolgenden Besprechung aus: Die preussische Siedlungspolitik im Jahre 1860 bis 1892 war in ihrer inneren Kraft und in ihrem Erfolge weit zurück hinter das geradezu elementare Überqueren deutscher Volkskräfte in den großen deutschen Wanderungsbewegungen früherer Jahrhunderte, vor allem das 12. und 13. Jahrhunderts. Diese neuere deutsche Siedlungspolitik war das Werk des Staates, der klugen und fleißigen Bürokratie. Sie wurde nicht flüchtig vorwärtsgetragen von einem festhalten Lebenswillen des deutschen Volkes. Zeit haben wir mitten in einer neuen Entfaltung, vor einem Wiedertreten auf planmäßigen Pfaden im Westen und nördlichen Siedlungsgebiet in unserm Vaterland. Dem Stürmen im europäischen Osten und Südosten hat in den letzten 15 Jahren im wesentlichen nur das deutsche Bauerntum in der Ostmark, in Siebenbürgen, im Banat, in Südböhmen, in Mähren usw. Standhalten können. Gegenüber der planmäßigen Siedlungsarbeit und Bauerpolitik in allen Nachbarstaaten des Ostens, von England und Dänemark über Italien und Polen bis weit hinein in die Nachbarstaaten Österreich-Ungarns, waren die Erfolge der deutschen Siedlungspolitik der letzten Jahrzehnte erschreckend gering. Man schätzt, daß in Ost- und Südosteuropa seitens der deutschen Ostgrenze in der Nachkriegszeit entstanden sind — gegenüber vielleicht 50 000 Siedlerstellen auf reichsweitem Boden, (in den 1½ Millionen Bauernteilen, die in Staaten Osteuropas geschaffen worden sind, sind jahrelange Kleinrenten mit zweifelhafter Lebensfähigkeit erhalten; andererseits dürfte die Zahl der deutschen Bauernteile mit 50 000 ererblich zu niedrig gegriffen sein. Schriftl. d. „Ostland“) Gleichzeitg liegt das slawische Volkstum durch seine weitaus größere Geburtenrate an. Schon in Ost- und Westpolen mit etwa der Hälfte der Einwohnerzahl des Reiches sind ab jetzt höhere Geburtenüberschüsse als in Deutschland (im Jahre 1925 325 464 gegenüber 415 924), und ernstzunehmende Statistiker berechnen für das Jahr 1960 die Zahl der mitteleuropäischen Bevölkerung auf vielleicht 176 Millionen gegenüber etwa 250 Millionen, auf die dann die slawische Bevölkerung Ost- und Westeuropas anzuwachsen sein wird.

Im Osten handelt es sich heute um die Lebensfrage unseres Volkes. Die Aufgaben, die hier erstanden, sind nicht vom Staate allein zu lösen, sie sind Aufgaben des ganzen Volkes, des deutschen Westens wie des deutschen Ostens. Wir haben noch eine an Kraft unerschöpfende junge Bauernteile, eine reichliche Arbeitskraft, aber übermäßig stark zur bäuerlichen Siedlung dadurch eignet, nur haben in der Wohnfrage der Städte, vor allem der kleineren und mittleren Städte, eine Fülle von Menschen, die wieder zum Lande und zur Landwirtschaft drängen. Schon jetzt legt, nachdem lange Jahrezeit hindurch die Wanderung in Deutschland unaufhaltend vom Osten nach dem Westen, vom Lande in die Stadt, von den Grenzen ins Innere ging und beispielsweise allein die Droschke Ostpreußen in der Zeit von 1875 bis 1925 rund 810 000 Menschen durch Abwanderung verlor, ganz allmählich aber doch schon deutlich erkennbar die Wanderung in entgegengesetzter Richtung, vom Westen nach dem Osten — als Selbsthilfemaßnahme der arbeitlos und hoffnungslos gewordenen überzähligen Gebiete des Westens und Mitteldeutschlands. In geeigneter Siedlermaterial wird es auf lange Jahre hinaus in Deutschland nicht fehlen, besonders, wenn es gelingt, ganz allgemein die Gedanken und den Willen der Jugend von den hoffnungslos überfüllten Städten, auch von den akademischen Berufen wieder umzustellen auf den Beruf des Landwirts.

Wir haben mindestens 1 bis 2 Millionen Morgen Land im Osten, das auch durch die Obhut sich in der Hand der bisherigen Besitzer gehalten werden kann und das auch durch die Bau neuer Bauern auf die Dauer in Kultur gehalten werden kann. Deutsche Menschen und deutsches Land wieder in härkerem Maße miteinander verknüpfen zu bringen, ist die große Aufgabe, die nur in positiven Volksmaßnahmen staatlicher Maßnahmen und freier Kräfte unseres Volkstums gelöst werden kann. Der Wiederaufbau des deutschen Ostens in volkspolitischer und in wirtschaftlicher Beziehung ist die große Aufgabe der deutschen Gegenwart.

Aus der Bundesarbeit.

Landesverband Ostmark.

Ostgruppe Mühlberg (Mark). Am 8. 5. hielt die Ostgruppe im kleinen Saale des Gasthofes ihre Monatsversammlung ab. Vom Vorsitzenden, Herr Dr. B. B. (1) wurde die Besprechung mit dem Vorherrscher „Begrüßungsmortier“ eröffnet, die Aufnahme eines neuen Mitgliedes vorgenommen und der Inhalt der vom Bundespräsidium eingegangenen Rundschreiben und der Eingänge vom V. B. Ostmark bekanntgegeben. Vom hiesigen Heimatsforscher ist festgestellt worden, daß von Polen Kommunisten ausgesüßelt und nach Deutschland entsandt werden, die nach Spuren „alter polnischer Kultur“ forschen. Polen will damit gewisse Erbringe, daß das Land bis zur Ober und darüber hinaus „polnisches Land“ sei und bei maßgebenden Stellen das „Recht“ auf Befreiung dieses Landes fordern. Eine vom V. B. für das Bundes-

präsidium vorgelegene Resolution, den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und das Auswärtige Amt zu bitten, den längst bekanntgewordenen polnischen „Dankflächen um Danzig energisch entgegenzutreten zu wollen, fand einstimmige Ausnahme. „Welchlos wurde, die Zeitschrift „Freie Ostmark“ mit einem Exemplar für die Ostgruppe zu bestellen. Für den 8. Juni wird ein Autostafett mit Angehörigen nach Strausberg geplant. Erst um ½ 6 Uhr wurde die Besprechung geschlossen.

Ostgruppe Sommerfeld. In der Monatsversammlung im „Siedlungsheim“ wurde besonders das Muttertagsgedächtnis, indem der Vorsitzende, Herr Dr. B. B. (1) um 9 Uhr, um 10 Uhr und 11 Uhr die Besprechung dieses Tages sprach. Der Gedanke, der Mutter einen belobenden Ehrenstag im Jahr zu widmen, empfinde der tiefsten Weisheit gemäßen Gemüthsgefühls, der Ehrfurcht vor der Heiligkeit der Mütterlichkeit, die für das Wohl und Wohle eines Volkes so großer, so aussehender Bedeutung sei. Das Bestreben, der Mutter ehrend zu gedenken, soll helfen, die Bande des leider schon arg gelockerten Familienlebens wieder fester zu knüpfen und damit zum Wiederaufleben unseres Vaterlandes beitragen; denn die Familie ist die Keimzelle eines Volkes, und nur, wenn diese geliebt, ist es auch das ganze Volk. So soll an diesem Tage die Mutter und ihre stille und doch so mächtigste Arbeit als Hüterin des Hauses und Erzieherin der heranwachsenden Generation gefeiert werden. Darum soll der Muttertag auch eine Feier der Seele und des Gemüts sein; ein Tag des Dankes, der Liebe, der Verehrung, an dem die ganze Familie sich mit der Mutter freut; ein Tag auch stillen Gedenkens der verstorbenen Mutter, deren Grab mit frischen Blumenkränzen geschmückt wird; ein Tag auch, an dem die Mutter, die der alten, einjamigen Mütterchen gedenkt, die den Kindern die besten Ratschläge gegeben hat, sich selbst gedenkt. Der Vortragende schloß seine Ausführungen mit einem Appell an die ostmärkische Mutter, auch selbst eingedenk zu sein, daß es ihre Aufgabe und Pflicht ist, den Heimatgedanken in ihren Kindern wach zu erhalten. — Deklamation und der Gesang eines Heimatliedes beendeten den ersten Teil der Tagesordnung. Darauf erzählte ein Volksmann in schlichter, natürlicher Art, wie er von den Polen drangsaliziert wurde, als sie die Herren des polnischen Landes wurden. Was er besonders am Anfang seiner dreimonatigen, nur auf Grund köstlicher Verdienste erlangten Gefangenenschaft an leidlichen Tagen erlitten hat, gleich einem wahren „Martertisch“. — Exort und Rechtsbruch der Ostmark dem Deutschtum gegenüber sind ja noch heute an der Tagesordnung, wie das in jüngster Zeit besonders die Behandlung der Memländer beweist, wozu der Vorsitzende in der Besprechung auch zu sprechen kam und besonders hervorhob, daß vor einigen Tagen im Memelland nicht weniger als 24 deutsche und nur fünf litauische Abgeordnete zum Landtag gewählt worden seien. Während ein würdevoller Beweis dafür, daß das Memelland deutsch ist und die Rechte der Deutschen gegen die Polen im Osten voll und ganz anerkannt sind, mit anderen Worten sprach der Vorsitzende von den Erfahrungen, denen D. u. J. seitens der Polen ausgesetzt ist, und wie im von den geplanten polnischen Handtrips, der erst in wöchnerlicher Stunde dadurch überhört wurde, daß Frankreich dazwischen trat. Da einer Besetzung Danzigs ganz wahrscheinlich ein Angriff auf Ostpreußen und womöglich ein Vorstoß auf die Oberlinie folgen würden, wurde von der Besprechung folgende Entschlossenheit einstimmig angenommen: Die Ostgruppe des Deutschen Ostlandes, sofort bei dem Herrn Reichspräsidenten, dem Herrn Reichskanzler und bei dem Auswärtigen Amt gegen den grolanten polnischen Anschlag gegen Danzig, wie überhaupt gegen die dauernde polnische Bedrohung der Ostgrenze (scharfen Eindruck zu erheben. Polen muß als Friedensstörer Europas vor der ganzen Welt gebunden werden. Die Entschlossenheit über die polnischen Absichten haben in der Ostmark eine Dankstimmung erzeugt und wirken lösend auf das geringe Nest der Wirtschaft im Osten.“ Es wurde noch beschlossen, der freundlichen Einladung der Sorauer Ostgruppe zum „Stafett der Ostmark“ am Sonntag, den 26. Juni, im Auto Zuge zu leisten.

Landesverband Vorpommern.

Der Ostgruppe Anklam ist es gelungen, eine Jugendgruppe ins Leben zu rufen, die bereits 23 Mitglieder aufzuweisen hat. Herr Herr Dr. B. B. (1) hat in dankenswerter Weise die Führung übernommen. Am Himmelfahrtstag betrieht sich die Jugendgruppe an dem Ausflugsort der Ostgruppe Cögelow nach der Försterei Drögberge.

Die Ostgruppe Cögelow unternahm am Himmelfahrtstag einen Ausflug nach der Försterei Drögberge (Förster Sengler, früher „Polen-Eidmal“). Die Mitglieder und Gäste erhielten dort für einen geringen Preis Kaffee und ein sehr gutes Mittagessen. Trotz der kühlen Witterung war eine starke Teilnahme zu verzeichnen. Auch von den Ostgruppen Pawlowa, Eggstein und der Jugendgruppe Anklam und aus Stettin (vom Landesverband) waren Gäste erschienen. Die erste kürzlich ins Leben gerufene Jugendgruppe in Cögelow unter Führung des Jungwärtlers Gerhard Schallenberg hatte eine sehr interessante Unternehmung unternommen und brachte das „Polespiel“, „Jahreskalendarium“ zur Aufführung. Das lebendige und natürliche Spiel der Jungwärtler rief das Publikum derart mit sich, daß am Schluß der Vorstellung bei alt und jung wirkliche Jahreskalendarium herrschte. Am Nachmittag brachte der Erste Männergesangsverein Cögelow 30 Frühlings-, Wald- und Liebeslieder zu Gehör, die ebenfalls starken Anklang bei allen Anwesenden fanden.

Landesverband Ostpreußen.

Ortsgruppe Reidenburg. In der Versammlung am 30. April wurde Herr **Berting** die Gewürde **Jonas** als vom Vorstand unterstützte Mitgliedsfrage ausgedrückt. Über den Stand der Entscheidung wurde angeregt debattiert; zu dieser Frage wurde eine an das Bundespräsidium gerichtete Entscheidung gefaßt: „Die außerordentliche Kollage, der wir in unserem besonders bedrängten Grenzrevier ausgesetzt sind, zwingt uns zu verlangen, daß die Regierung beschleunigt Mittel zur Verfügung stellt, damit wir endlich eine angemessene Entscheidung erhalten. Das früher Zeit erlassene Kriegsgeldzuschußgesetz, das doch nur ein Mittelwerk war, muß eine gerechte Änderung erfahren, ebenfalls fordern wir die volle Ausschöpfung der Emigrantenerwerb-Entschädigung. Unsere Kräfte laßt auf dem Spiel; ein Teil von uns hat die bereits verloren und ist dadurch noch größerer Not verfallen. Der Bundesratstag sprechen wir für die für uns bisher geforderte, unendlich mühselige Arbeit unserer herzlichsten Dank aus und bitten dringend, unsere Vorstellungen mit allem Nachdruck auch weiterhin zu vertreten.“

Die **Ortsgruppe Kollenburg** hatte in ihrer letzten Versammlung ein aus Holz gefertigtes Modell des Brückentores in Ehren aufgestellt, das als Sammelbehälter für Zwecke der Unterstützung deutschen Volksstammes in Orien gedient ist. Für dieses Jahr sollen die Sammlungen in **Wien** und **Paris** in der nächsten Versammlung der Sammlungen und Zeremonien des Jahres über die Offensiv- und Defensivmaßnahmen angeregt werden, und auch die höchste Gabe dürfte hier ihrem Zweck erfüllen.

Landesverband Freistaat Sachsen.

Ortsgruppe Dresden. In der im Italienischen Vorhaus am 8. April von dem 1. Vorsitzenden, Herrn Oberbaurat **H. A. Frahnke**, geleiteten Versammlung gab dieser einen Überblick über die politische Lage. Er wies auf die Ursachen für den Einbruch des **Marxismus** in **Landesheim**. Von den 164 000 Einwohnern des heutigen Memellandes waren 1910 48 v. H. Litauer als Mutterprache an, was aber kein politisches Glaubensbekenntnis bedeutete. Denn alljährlich sieht sich als gute Preußen. Aber aus der Statistik der Volkszählung von 1910 wurden unheimliche Waffen während der Verhandlungen in Versailles. Sie gaben den Vorstand, nicht dem aus das Memelland gerannt wurde. Eine ähnliche verhängnisvolle Rolle spielte die Statistik über die nachschonende in Ostpreußen und Polen. Sie wurde von den Feinden benutzt, um aus den Weichselkorridor und Polen zu nehmen. Redner bewachte ferne die Haltung der deutschen Regierung, die die im Lage der Ruhrbefreiung erfolgende gemeinsame Belegung des Memellandes durch litauische „Freischärler“ nicht durch gleichartige Mittel aufhob. Leider hat auch jetzt bei Behandlung der neuen Gewalttätigkeiten der Litauer die deutsche Regierung nicht den Entschlossenheit, mit dem aus osteuropäischen Mentalität entgegenzutreten muß. Der Deutsche Ostbund erwartet deshalb kritikalische Einträge von der deutschen Regierung für die Vorfälle der Memelländischen Häuser. — Am 2. Teil der Versammlung bot Herr Oberbaurat **H. A. Frahnke** einen aufschlußreichen Vortrag über „Die räumlichen und wirtschaftsgeographischen Grundlagen der großen Mächtegruppen“. Diese fünf Mächtegruppen sind: Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, das britische Weltreich, Japan, Rußland und das französische Weltreich. Redner zeigte in großen Zügen die Entstehung der Union (U. S. A.) und ihren Aufstieg zur Großmacht und Weltmacht. Er hat vor etwa 150 Jahren zur Selbständigkeit und zum politischen Aufstieg gelangt, ist im 1897 zur japanisch-amerikanischen Kriege durch den Erwerb der Kolonialländer **Cuba** und **Philippinen** und später noch durch den Erwerb von **Guam** und **Hawaii** und das „Protektorat über Panama“ zu einem Weltreich geworden, das sich auf ungeheure Vorräte von Rohstoffen und Bodenschätzen aufbauen konnte. Einen anderen Charakter zeigt das britische Weltreich, ein Weltreich des Handels, durch Weltzettelplätze gesichert. Rings um den Indischen Ozean wurde ein britisches Raumreich errichtet, das durch den britischen Krieg bei der Welt auf das Weltreich im Fernen Osten, Japan, gelangt. Sein politisches Wachstum gibt ein Beispiel, wie ein überweikertes Land sich ausbreitet. Die Karolien, Sibirien, Korea und jetzt die Mandchurien sind die Etappen zum Weltreich, dem man auch die gemäßigten Bodenschätze Chinas nutzbar gemacht werden sollen. Rußland ist ein rein kontinentales Weltreich, dessen riesige Gebiete durch die 10 000 Km. lange, transsibirische Bahn verbunden werden. Das fünfte Weltreich, das französische, beruht auf dem Weltreich, das seit dem 17. Jahrhundert auf dem Weltreich im Fernen Osten, Japan, gelangt. Dieser Mangel sollten die durch den Friedensvertrag zu Versailles erzwungene Abtretung des Saargebietes und die monatliche Ablieferung von 2 Mill. T. deutscher Rohstoffe, damit die Ruhrbefreiung ausbleibe, die die Schaffung eines rheinischen Vorkriegsstaates einleiten sollte. Um in Osteuropa die französische Macht zu unterbauen, wurde trotz der Ablehnung der wichtige Teil des Rohstoffgebietes dem polnischen **Polen** zugesprochen und werden jetzt im Donauraum wirtschaftliche Zusammenstöße unter die Ausbeutung Deutschlands verlor. Mit dem **Polen** sind diese **Wälder** scheitern und Deutschland mit aller Gewalt erben werden, den für seinen Güterverlust umgeben wichtige Donauraum durch Handelsunion zu gewinnen, als Ausgleich für den 60 v. H. betragenden Anfall seines Überseehandels, schloß der Vortrage keine jenseitigen Ausführungen, die reichen **Wald** fanden.

Landesverband Bezirk Magdeburg.

Die **Ortsgruppe Stetal** hielt kürzlich eine Versammlung im Restaurant **Böhme**, Anranger Straße, ab. Der Vorsitzende, **Rudolf Paetzold**, konnte drei neue Mitglieder aufwiegen; er teilt mit, daß von der bereits beschlossenen Gründung einer Jugendgruppe vorerst noch Abstand genommen werden mußte. Beschlossen wurde, das Sommerfest mit Kinderbesuchungen am 12. Juni im „Schützenheim“ (Bierkeller) sowie einen Familienausflug am 3. Juli nach Järehn abzuhalten. Zum Schluß wurden noch einige andere Vereinsangelegenheiten erledigt.

Landesverband Sachsen-Anhalt.

Die **Ortsgruppe Merseburg** (Bezirk der Ostmärkte) veranstaltete am 3. Mai in Müllers Hotel in Anwesenheit des Oberbürgermeisters **Dr. Mosebach**, Vertretern des Vereins heimattreuer Oberlehrer, des Bundes der Auslandsdeutschen, des Vereines für das Deutschtum im Ausland, des Sudeten-deutschen Heimattunbundes, des **Waldenburger Vereins**, des **Marinevereines**, des **Seemannvereines** des **Waldenburger Vereines** und der **Esslinger** und des **Jugenddeutschen Ordens** einen Memel-Abend. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden, Rechtsanwalts **Dr. Hanneberg**, der zu den jüngsten Vorgängen in die „freie“ Stadt **Danzig** hinwies, sprach **Hilfschullehrer Jagla** über die **Memelfrage**. Der Redner wies klar, wie wenig Recht Litauen an dem seit erdenklichen Zeiten preußischen Memelgebiet habe. Wenn auch ein großer Teil der Memelländer sich der litauischen Sprache bediene, so habe er doch in ihrem Inneren litauische Gedanken und deutsch gefühl! **Heß** wies hierauf hin, daß selbst **Schwäbische** Memelländer nach der Vorkriegszeit von **Niederland** die **Melbe** nicht scheuten, noch die **deutsche Sprache** zu erlernen, am nicht mehr auf die **Sprache** der **Litauer**, der **Bergamäler** deutscher Kultur und deutschen Rechts, allein angewiesen zu sein. Auf jede nur erdenkliche Weise hat man das **Memelland** geknebelt und gefesselt. Das „**Memelland**“, das die Rechte der deutschen memelländischen Bevölkerung regeln und sichern solle, liegt nur noch auf dem Papier. Der Redner hob zum Schluß seiner Ausführungen hervor, wie wichtig es ist, die Deutschen dort in ihrer **Bedrängnis** zu unterstützen und alles zu tun, was zur **Berrettung** ihrer Lage beitragen kann. **Der** allem muß ihnen beistehen werden, daß ihr Vertrauen auf die Hilfe aus der Heimat gerechtfertigt ist; niemals darf auch nur der **Anschein** erweckt werden, als habe man die deutsche Hand im äußersten Nordosten des Reiches für immer aufgegeben. — Die Rede klang aus in das **Deutschland**, dessen erste **Strophe** von der Versammlung lebend gesungen wurde. **Rechtsanwalt Dr. Hanneberg** brachte zum Schluß eine **Entscheidung** zur **Vorstellung**, die sich einmündig wurde. **Der** **Waldenburger Verein** in **Merseburg**, **Ortsgruppe** des **Deutschen Ostbundes**, hat mit immer größerer **Begeisterung** gehört und gelesen über die Dinge, die sich im **Memelland** abspielen. **Reich** **Stimm** aber klingen die **Nachrichten**, die aus **Polen** zu uns herüberkommen. Das **Danzig**, das **amtliche** **polnische** **Kreise** keine **Angriffs** **schritten** auf **Danzig** oder **Ostpreußen** **planen** oder **geplant** **haben**, **vermag** **unsere** **Verständnisse** in **keiner** **Weise** zu **zittern**. **Dass** **der** **Völkerverbund** **nicht** **in** **der** **Lage** **ist**, **wenn** **er** **vollständig** **entlassen** **geworden** **ist**, **was** **zu** **besten** **unser** **Nachbar** **jetzt** **Reich**. **Wir** **richten** **uns** **aber** **an** **den** **Deutschen** **Ostbund** **das** **Dringende** **Ersuchen**, **in** **der** **Öffentlichkeit** **und** **bei** **der** **deutschen** **Rechtsregierung** **dahin** **zu** **wirken**, **daß** **Deutschland** **nach** **bleibt** **und** **sich** **nicht** **durch** **Litauen** **und** **Polen** **überfallen** **läßt**.

Ortsgruppe Wittberg. Zu einer gemeinsamen Kaffeefest auf **Rollen** der **Reinischke** hatte der **Vorstand** auf **Samstag** den 17. April eingeladen, um vor allem den ausmündigen Mitgliedern den **Bejuch** **leichter** zu **machen**. **Der** **kleine** **Saal** **bei** **Walzer** **war** **nicht** **besetzt**. **Nachdem** **der** **Vorsitzende**, **Kaufmann** **Buchmann**, die **letzten** **gesellschaftlichen** **Anglegenheiten** **vorgelesen** **hatte**, **erfreute** **uns** **das** **„Mitteilungs-“** **Arbeits-** **direktor** **J. H. G. Hüttenberg**, den **„Ostland-“** **Veren** **hinsichtlich** **der** **„Verlegung** **des** **„Ostland-“** **einrichtungs-** **Eintrucks** **machte**. **Landmann** **Seidler** **erhebet** **durch** **Erlaubnis** **des** **„Reinischke“** **aus** **Danzig**, die **er** **mit** **bekannter** **Meisterschaft** **vortrug**. — **Die** **am** **7. Mai** **im** **Schloßgarten-Fest** **abgehaltene** **Monatsversammlung** **eröffnete** **der** **Vorsitzende**, **Landmann** **Buchmann**, mit **zeitgemäßen** **Vorlegungen** **über** **Wirtschaftsfragen** **und** **den** **Osten**. **Die** **ganze** **deutsche** **Wirtschaft**, **nicht** **nur** **einzelne** **Teile**, **haben** **unter** **der** **Verlust** **der** **aus** **geraubten** **Gebiete** **zu** **leiden**. **Damit** **aber** **nicht** **genügt**, **der** **Polen** **noch** **ein** **mehr** **zu** **erhalten** **den** **Gebiet** **haben**. **Wir** **erwarten** **uns** **daher** **mit** **allem** **Recht** **ein** **stimmig** **leben** **an** **seinem** **Teile**, **und** **den** **Gebanken** **der** **Rückgewinnung** **des** **Verlorenen** **in** **alle** **Parteien** **und** **Verbände** **tragen**. **Der** **Hauptvortrag** **hielt** **Landmann** **Reim** **über** **den** **Weichselkorridor** **und** **seine** **Lage**. **Unter** **Verbringung** **eines** **reichen** **gesellschaftlichen** **Materials** **konnte** **der** **Redner** **unter** **Beizustimmung** **stellen**, **daß** **der** **Korridor** **wieder** **deutsch** **werden** **muß**, **denn** **wir** **haben** **ein** **gesellschaftliches** **Recht** **auf** **ihn**. **Die** **Sünde** **aus** **der** **Stein-** **und** **Bronzezeit**, **wie** **auch** **spätere** **Ären-** **und** **andere** **Zeunde** **aus** **dem** **Erdboden** **heben** **den** **Polen** **noch** **ein** **mehr** **zu** **gerewinnlich** **den** **Stamm** **ist** **von** **Christ** **Seib** **beschied** **war**. **Als** **die** **Menschheit** **für** **den** **zum** **Erst** **gehört** **haben** **zu** **groß** **wurde**, **wanderten** **niele** **aus** **(Wälderwanderung)**, **und** **nach** **erst**, **im** **4.** **bis** **6. Jahrhundert** **n. Chr.**, **drängten** **die** **Slaven** **(Polen)** **in** **die** **Gebiete** **aus** **der** **mit** **terren** **Weichsel** **nach**. **Der** **Deutsche** **Orden** **(1211—1466)** **setzte** **sich** **in** **den** **ursprünglich** **germanischen** **Gebieten** **fest**, **fürchte** **das** **Christentum** **ein** **und** **jog** **aus** **der** **alten** **Heimat** **deutsche** **Bauern**, **Handwerker** **und**

Kaufleute heran, machte also die Pande wieder deutsch. Alle Kultur in dem uns entzogenen Land stammt von Deutschen, wogegen die Polen das einmals blühende Land in eine Wüste verwandelt hatten, als im Jahre 1772 durch die erste Teilung Polens die Westhälfte wieder preußisch wurde. Der eingehende Vortrag fand verdienten

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Personliches.

Professor Siegfried Kaeber,

Ordinarius für neuere Geschichte an der Breslauer Universität, hat einen Ruf nach Halle erhalten. Kaeber kam als Nachfolger am 1. Oktober an den Greifswalder Ordinarius Eduard von Jan übertragen. Jan, der sich 1927 in Würzburg habilitiert und zwei Jahre später Ordinarius in Greifswald wurde, veröffentlicht u. a. eine Arbeit über das literarische Bild der Jeanne d'Arc.

Prof. Edward von Jan-Greifswald nach Leipzig berufen.

Der seit der Emeritierung Philipps August Becker vermählte Versuch der romanischen Philologie an der Universität Leipzig wird am 1. Oktober an den Greifswalder Ordinarius Eduard von Jan übertragen. Jan, der sich 1927 in Würzburg habilitiert und zwei Jahre später Ordinarius in Greifswald wurde, veröffentlicht u. a. eine Arbeit über das literarische Bild der Jeanne d'Arc.

Ein Gerhart Hauptmann-Theater in Breslau.

Anfang September wird das neugegründete Gerhart-Hauptmann-Theater in Breslau, das aus dem ehemaligen Chaila-Theater entstanden ist, mit einem Hauptmann-Drama, in Anwesenheit des Dichters, eröffnet. Anlässlich des 70. Geburtstages von Gerhart Hauptmann ist für die kommende Spielzeit eine Reihe von Festspielen seiner Werke geplant.

Verlobt: Srl. Wranibild Tapper, älteste Tochter des Lehrers T. Tapper in Puckenswalde, mit Ernst Kurzbjornist in Berlin; Srl. Severa Papke, einzige Tochter des Seminarbibliothekanten Hermann Papke, mit Kaufmann Eberhard Richter in Puckenswalde.

Silberne Hochzeit: Gullao Rasmussen und Frau in Schmalenbagen bei Oranienburg (früher Rindowien, Kreis Schöne) am 20. 6.

Diamantene Hochzeit: Das Schwarze Ehepaar in Walske bei Pomm. 26 und 22 J. alt, am 18. 4.

Verheiratet: Srl. Ida Lorenz, Schwester des verstorbenen Landesökonomikers Lorenz; auf Piano bei Kottin, 1924 als Optantin mit ihrer Nichte, der ernen. Frau Bankdirektorin Meta Steirn, geb. Peters, aus Polen abgemindert, in Wilmersdorf, Sigmaringer Str. 16, am 8. 5. 90 J.; Witwe Julie Erieh, geb. Meßing, in Solbars i. Schlei, bei ihrem Sohn Carl Erieh, früher Schulbin, am 19. 8. 81 J.; Frau Ellen Poljanski, geb. Arthim, in Berlin SW 36, Kottbusser Ufer 35 (früher Obornik), am 25. 3. 55 J. (der Ehemann ist langjähriges Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Ost).

Gehtoren: Bezirkschorleitungsleiter Gullao Conn in Pilschen-wo am 15. 5. 75 J.; der letzte deutsche Distriktskommissar des Distriktes Glogno, Kreis Posen-West, Arthur Czuzid, der im Jahre 1927 als Kriminal-Polizeirat in den Ruhestand trat, in Bad Warmbrunn, Poststraße 8, am 15. 5. (Mitarb. S. war ein Vertreter des Polener Lehrers Dr. h. c. Grollmih; Schulrat Wilhelm Herdt in Wolberg (Schlei), am 21. 4. 62 J. 69, war Seminar-Charakterer in S. i. P.; Dol. und überaus 1920 den Schulaufsichtsrat Siegmund Land, später den Kreis Goldberg-Spanau); Paul Radomski in Berlin-Reuköln, früher Ehorn, am 8. 5. 70 J.; Amanda Schmidt, geb. Otto, Gattin des ehemaligen Ullmachers R. Schmidt, in Magdeburg, früher Cangenau 6. Bromberg, am 17. 4. 66 J.; Ellenabsekrätur i. R. Siebriedt Hermann in Bitterfeld, früher Wollstein, am 8. 5. 73 J. (E. war seit Gründung der Ortsgruppe Bitterfeld im Jahre 1920 ein treues Mitglied); Schulbesitzer Karl Giesmann in Bierglin, Kreis Wroslau, am 14. 5. 74 J.; Rentier Samuel Siegel in Polen nach einer schweren Operation am 13. 5. 81 J.; Rentier Julius Donner in Posen am 12. 5. 89 J.; das Mitglied der evangelischen Gemeindevertretung in Kletko Ernst Schlenker am 26. 4. 74 J.

Verheiratet: An Ostland? Srl. 20, S. 238, berichten wir vornehmlich, daß Mittelburektor i. R. Hermann Franke in Berlin SW 19, Neue Grünstraße 15, gestorben ist; Herr Franke erkrankte sich jedoch trotz seiner 93 Jahre noch so guter Gesundheit, daß er noch täglich seine geordneten Spaziergänge unternehmen kann. Wir hoffen, den alten verdienten Polenent Schumann noch in einer ganzen Reihe von „Ostland“-Führungen unter den „Wohlbirten Ostmärken“ erleben zu können.

Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Grenzmark Posen-Westpreußen, mittlere Ostmark und Pommern.

Franckh. Bürgermeister Dr. Casar, der seit 1908 in Frankfurt amiert und dessen zweite Wahlperiode jetzt abgelaufen ist, hat — nachdem die Stadtverordnetenversammlung seine Wiederwahl zunächst abgelehnt hatte — dem Stadtverordnetenrat mitgeteilt, daß er aus gesundheitlichen Gründen um seine Pensionierung bitte.

Verfall. Um dem umfangreichen Stoffe geröstet zu werden, wird Herr Kelm das Chemie in weiteren Vorträgen behandeln. Die Verlesung erhellte sich dann an einer humoristischen Vorlesung durch Landmann Seidler, worauf Herr Krafftiger als Vertreter der Ortsgruppe zum Berater der Jugendabteilung einstimmig gewählt wurde.

Schneidemühl. Die Reichsbahn hat nunmehr die Kündigung von 500 Arbeitern, die bisher im Schneidemühl Reichsbahnabfertigungsbereich beschäftigt waren, endgültig ausgedröhrt. Nur über die Entlohnung von 18 Kreisbeschäftigten schieben noch Verhandlungen mit der Hauptkassierstelle. Während der gesetzlichen Kündigungsfrist, die 14 Tage dauert, hat die Reichsbahn auf eine weitere Arbeitsleistung der Beschäftigten verzichtet. Alle Proteste gegen die unerwünschte Dienstadtverpflichtung des öffentlichen Gewerbes blieben erfolglos.

Schneidemühl. Dem Hohlbeamten in Kreuz an der Ohbahn ist es gelungen, einen Schmuggelkasten Pferdeohrmugel an der deutsch-polnischen Grenze im Arterkreis auf die Spur zu kommen. Es sind bereits mehrere aus Polen über die Grenze nach Deutschland geschmuggelte Pferde beschlagnahmt worden. Die Tiere sind teils bei Teutche, teils bei Deutsch-Polizeu über die Grenze geschafft worden. Ein polnischer Staatsangehöriger, der in diesem Pferdeohrmugel verwickelt ist, wurde beim Passieren der Grenze festgenommen und dem Amtsgericht Schneidemühl zugewiesen. Nach den bisherigen Ermittlungen dürfte diese Schmuggelsaffäre noch weitere Kreise ziehen. Der Verdacht des Schmuggels bestand schon seit geraumer Zeit, doch war es bisher nicht möglich, die Schmuggler auf frischer Tat zu ertappen. Man hofft, nunmehr auch die auf deutlicher Seite Beteiligten zu ermitteln und die noch lebenden Pferde ausfindig zu machen.

Schmerin (Warthe). In Bierbaum wurden am Grenzübergang der Kaufmann Wajny und seine Begleiterin S. Wolter, beide aus Oberlesien, unter Spionageverdacht verhaftet.

Kirchhagen. Die im Jahre 1908 gegründete Gemeinde Schieringhoulend setzte unter großer Beteiligung der benachbarten evangelischen Gemeinden ihr 250jähriges Kirchjubiläum.

Aus der uns geriebenen Ostmark.

Aus Posen.

Gnesen. Mit dem Ableben ihrer Lehrerin in Ostdeutsch (Kreis Gnesen) dürfte die Deutschtaler deutsche Schule die Pforten schließen. Die Schule ist fastlich, und es besteht mein Wunsch, daß diese Beschäftigte von Gnesen wegen wieder geistlich neuen Interesse befreit wird. Die Verhandlungen sind. Bisher, eine Privatinitiative zu gründen, blieben erfolglos. Wohl besteht die Möglichkeit, die bisherigen Schulräume auf kurze Zeit zu pachten mit der Bedingung, die erforderlichen größeren Renovierungskosten aufzubringen. Ein anderes Projekt, auf dem Kirchenterrain eine neue Schule zu erbauen, ist aus Mangel an Geldmitteln nicht durchführbar, und so sind die deutschen Bewohner, ihre Kinder in der polnisch sprechenden Schule anzunehmen.

Stja. Eine Wiederholungsfrist ehemaliger Schüler des Lissaer Deutschen Privatgymnasiums und Gneusms wurde zu Pfingsten festgesetzt. An den Begrüßungsabend am 14. Mai schlossen sich am 15. Vorträge in der Aula des Deutschen Privatgymnasiums nebst einem Ball am Abend und an 2. Feiertage ein Ausflug nach Stornhelm, an.

Aus Westpreußen.

Gödingen. Der Stadthauptmann von Gödingen hat in Zürich eine für die Stadt Gödingen bestimmte Anleihe in Höhe von zehn Millionen Schweizer Franken unterzeichnet. Das Geld ist zur Errichtung von Schule, Spital, Schlachthof, Markthalle und für den weiteren Ausbau von Wasserleitungen und Kanalisation bestimmt.

Schleslaw 21. Mai. Der Herr Stadt Rat Walter S. 5, 2, der aus Wiesbaden-Diedrich stammt und in Danzig subtriert ist seit dem 1. Mai verstorben. Er hat an diesem Tage eine Wanderung längs der Rüste nach Gödingen angetreten. Er muß auch noch in Gödingen eingetroffen sein, denn seine Witwe und eine andere Bekannte haben von ihm aus Gödingen von 1. Mai datierte Karteignisse erhalten. Seit diesem Tage fehlt jede Nachricht von ihm. Nach den Feststellungen der Vernehmzentrale hat Darras sich bei der Danziger polnischen diplomatischen Vertretung kein Visum besorgt. Eine Selbsterklärung wegen unerlaubten Grenzübertretes ist in Polen jedoch nicht erlaubt, daher auf die Anfrage der Danziger Kriminalpolizei hat die polnische Behörde wurde bisher kein Bescheid, daß sich unter den wegen Grenzvergehens inhaftierten Verurteilten der Vermittelt befindet.

Chora. Minister a. D. Norwid-Rugebauer, der bis vor kurzem das Ministerium für öffentliche Arbeiten verwalte und vorher Divisiongeneral in Bromberg war, ist zum Armeeminspekteur in Thorn ernannt worden.

Aus Ostoberschlesien.

Katowitz. Das Polnische Ehepaar schließt am 31. Mai für diese Spielzeit seine Pforten und soll erst im Oktober mit neuen Vorstellungen wieder beginnen. Er hat überaus großen Erfolg, die sowohl die Stadt als auch die Wojewodschaft angeht, wird es in der Hauptsache nicht möglich sein, dann den Betrieb wieder voll aufzunehmen. Vermutlich wird man nur noch das Schauspiel pflegen, weil die Operette aufgelöst wird. Die Oper besteht schon seit vorigem Jahr nicht mehr. Das würde einer Stilllegung des Polnischen Theaters

gleichkommen, da das Schauspiel im allgemeinen sehr schlecht besucht wird. Man kann aber annehmen, daß die maßgebenden Kreise schon aus Pflichtgründen sich dafür einsetzen werden, daß von einer vollständigen Stilllegung abgesehen wird.

Der Seedenist Ostpreußen,

die Schnellschiffslinie Swinemünde—Joppot—Pillau—Memel (—Vibau) ab am 11. Mai diesen Jahres Betrieb aufgenommen. Trotz der wirtschaftlichen Not haben alle beteiligten Stellen zusammengekratzt, um diesen für den Seedenverkehr Ostpreußens von Jahr zu Jahr wichtiger und beliebter gewordenen Schiffsverkehr möglichst im alten

Umfange aufrechtzuerhalten. Der „Seedenist Ostpreußen“ hat ein Ausnahmestück herausgegeben, das kostenlos in allen besseren Reisebüros und größeren Reisebüroauskunftsstellen zu erhalten ist. Dieses Heft ist mehr als eine bloße Fahrplandrucksache; es ist zugleich ein Reiseleiter für Ostpreußen, Danzig und Memel, der auch über die Post- und Zollfragen aufklärt und eine große Zahl von innerostpreußischen Subjekten, sowohl solche der Eisenbahn wie die fast der gesamten Binnenflotte enthält. Auch die wichtigsten Anschlüsse zu Schiff und Bahn nach Swinemünde sind angegeben.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Die Verlobung ihrer Tochter **Lotty** mit Herrn Dipl.-Landwirt **Julius Schelling - Stuttgart** beehren sich hiermit anzuzeigen

Pfingsten 1932. **Otto Kühn u. Frau, Berlin-Weißensee, Wartstraße 70, II.** (Str.: Großpöhlweg, in Schotten b. Polen.)

A. Richard Steudtner
Charlotte Steudtner
verw. Herdemeyer
geb. Mlody

Vermählte

Monchau-Eifel, Stadtstraße 8
Mai 1932

Ehem. Deutscher Flottenverein

Ortsgruppe Hohenzala E. V.

In jahrelangen Bemühungen ist es endlich gelungen, für das von den Polen beschlagnahmte Bootshaus in Anker auf Grund des Neubautenbeschusses eine Verabhandlung zu erhalten.

Diese soll zur Einlösung der von uns im Jahre 1917 herausgegebenen Anteilsscheine dienen. Wenn wir damit auch nicht alle Wünsche gerecht werden können, so können wir schon jetzt mitteilen, daß die Ausschüttung des Liquidationserlöses wesentlich höher liegen wird, als die Aufforderung von Hypothekent. Die Auszahlung erfolgt gegen Einlösung der Anteilsscheine. Die Berechtigten werden gebeten, ihre Forderung unter Angabe ihrer jeweiligen Adresse und der Pkt. Nr. der Anteilsscheine bei mir bis zum 1. Juli 1932 anzumelden.

Sollten die Anteilsscheine verlorengegangen sein, so haben die Einlösungsberechtigten unter Angabe der Pkt. Nr. eine Erklärung abzugeben, daß sie mit Zahlung des Liquidationserlöses keine Forderungen mehr an den Verein haben.

Berlin W. 9, den 18. 5. 1932,
Potsdamer Straße 1a.

J. Bollm.:
M. Kayna, Steueramtsbüro-Vorsteher a. D., Steuer- und Wirtschaftssachverständiger.

Gesucht auf prima Hausbesitz an I. Stelle:

RM 4 000,—
RM 14 000,—
RM 30 000,—

Gesucht:

RM 30 000,— goldsichere Anlage, Hausinschreibungsverpflichtung, auf prima Berliner Mietshaus.

Fhr. v. Wittken-Jungnik, Berlin W 30, Poststr. 19, Tel. B. 4, Sabaria 6504. Sprechtage: Montag, Mittwoch, Freitag von 3—5.

Vermögensbilanz vom 31. Dezember 1931

A. Aktiva		B. Passiva	
	RM.		RM.
Kasse	376,63	Sparrentlagen	10.378,04
Laufende Rechnungen	17.974,15	Laufende Rechnungen	583,39
Wechsel-Konto	45.375,55	Prämien-Gesellschafts- und Raiffeisen-Kant.	9.890,90
Geldguthaben bei and. Genossenschaften	6.000,—	Prämien-Gesellschafts- und R.-Kredit	5.000,—
Beteiligungen	390,—	Wechsel-Konto	43.111,35
Kaufschekkonten	205,53	Rückst. d. Geschäftsguth.	
Nach zu belandende Geschäftsguth. d. Gen.	878,79	der Genossen	878,79
Vorauszahlg. Wechselbistont	43,—	Geldguth. d. Gen.	15.071,62
		Geldguth. auscheid. Genossen	1.251,52
		Reiseverbands	2.134,64
Verlust	25.107,29	Rückstellungen-Konto	8.050,09
	RM. 71.243,65		RM. 96.350,94
	„ 25.107,29		„ 96.350,94
	RM. 46.136,36		

Zahl der Genossen bei Beginn des Geschäftsjahres 1931 217, Zugang 14, Abgang 18. Mitgliederbestand am 31. Dezember 1931 213.

Breslau, den 11. Mai 1932.

Spar- und Darlehnskasse, Deutscher Ostbund Schlesien, eingetragene Genossenschaft mit unbefristeter Haftpflicht. Der Vorstand: König, Kubis, Taenger, Geisler, Polajsh.

Einladung!

Auf Grund der §§ 30 und 31 des Statuts laden wir hiermit unsere Mitglieder zu der am **Montag, den 30. Mai 1932, 19 Uhr** im „**Vinzenzhaus**“ zu Breslau stattfindenden

ordentl. Generalversammlung

ergebenst ein.

Tagesordnung:

1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr.
2. Bericht über die Revision durch den Revisionsverband.
3. Genehmigung der Jahresrechnung und Bilanz für 1931.
4. Beschlußfassung über Deckung des Verlustes.
5. Entlastung des Vorstandes wegen dessen Geschäftsführung.
6. Erhöhung der Pflichteinzahlung auf den Geschäftsanteil auf 200 RM. gemäß § 37 des Statuts.
7. Wahlen des Vorstandes und Aufsichtsrats.
8. Berichtsbene.

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung liegen in der Zeit vom 20.—28. Mai 1932 im Geschäftszimmer des Rendanten Kubis, Poststraße 15, III, während der Reihenstunden von 17 bis 19 Uhr zur Einsichtnahme der Mitglieder aus.

Breslau, den 11. Mai 1932.

Spar- und Darlehnskasse Deutscher Ostbund Schlesien e. G. m. u. F.,

Der Vorstand.
gez. König, Kubis.

Ostmärker! Trebet unserer Dittbunderbelleise bei.
Auskunft erteilt die Bundesleitung in **Berlin W. 30, Mohrstraße 22.**

In einer jed. Mittelstadt wird f. strebenamen

Ingenieur eine **Schloßerei** mit **Eisenladen** gesucht. Nur **wirtschaftlich** gutes **solides** Geschäft, das ein **strebendes** Ehepaar **erwerben**, kommt in **Frage**. Off. an **Paul Lemke, Erkner b. Berlin, Friedländerstr. 13, erbeten.**

Wer kennt die **jetzige** **Wirtschaft** von **Schiffseignern** **Franz Nowak, Rahm, Berlin**, **zuletzt** **wohnhaft** **gemein** in **Stettin?** **Angab.** **unter** **2321** **an** **das** **Dilland** **erb.**

Wer kennt die **Wirtschaft** von **Herrn** **Dr. Hobbing,** **zuletzt** **wohnhaft** **gemein** in **Berlin** **W. 48, Belfort** **30?** **Ang.** **unter** **2324** **an** **das** **Dilland** **erb.**

Das gibt's nur einmal!

Erwerbsgut, 6000 RM., **Rice, Weizenboden, 60km** **ab** **Berlin** **(Udermarkt),** **Gebäude** **maße,** **elektr. Licht, Kraft, 16 Pferde, 45 Rinder, 25 Schweine, Geflügel, Fr. 120000 RM. Anzahlung 25000—30000 RM.**

Landwirtschaft, 132 Morg., **Weizenboden, Anzahlung 5000—6000 RM.**

Landwirtschaft, 81 Morg., **Fr. 24000 RM.**

Anzahlung 4000—5000 RM.

Landwirtschaft, 72 Morg., **Fr. 25000 RM.**

Anzahlung 5000—6000 RM.

Kolonialwarengrundstück, mit **g.** **Garten, Gebäude neu, Fr. 24000 RM. Anzahlung 8000—10000 RM.**

Kolonialwarengrundstück, g. **Dorf, Garten, Preis 10000 RM. Ang. 3000—4000 RM.**

Gastwirtschaft, 60 Morg., **Weizenboden, allein im Dorf, Preis 40000 RM. Anzahlung 7000—10000 RM.**

Außerdem **Gast- u. Landwirtschaften, Bäckereien, Geschäftsgrundstücke, Bauhäuser** **von** **1000 RM. Anzahlung verläuft**

Bernhard Albrecht, Eberswalde, Brauerei 13, Telefon 59.
Früher **Obstort/Wesien.**



Dittmärkischer Siedlungsbau
e. G. m. b. H. in **Erdbau**
zu **Waltersdorf**

Generalversammlung

Montag, den 30. Mai 1932, 4 Uhr nachm., in **Waltersdorf** bei **Herrn P. Kubanski.**

Tagesordnung

1. Geschäftsbericht.
2. Bericht d. Rechnung u. Bilanzs 1931.
3. Beschluß darüber.
4. Berichtsbene.

Der **Aufsichtsratsvorsitzende**
E. Wigte.

Oftmärke! Provisionsfrei!

Glänzende Existenzen!

Vandguthof mit Landwirtschaft und Kolonialwarenhandl., Küche Jüterbog	6000
Hotelgebäude, äußerst verkehrsgünstig, im Zentr. Stralund 11 Morgen große Geflügelfarm, Inveniar und Geräte reichlich vorhanden, bei Leipzig	30000
Werkstattsgeschäft in zentraler Stadtlage von Sandershausen Geschäftshaus mit gutgehendem Bankerei u. Wundtortreibtrieb (vollkonjunktur) in lebhafter Stadt Mecklenburgs	12000
Schloßbesitzung i. S. Erholungsstätte im Chirilager Wald	30000
Geschäftsgrundstück in Kolonialwarenhandlung, Kaffeebrennerei und Spirituolenkleinhandel in Kleinadt Vorpommerns	10000
Kolonialwarenhandl. in kleinem Ort, Nähe Rostock, Preis: Anz.	14000 5500
Vändl. Warenhaus, Nähe Volkshaus, Weg-Ver. Plesgitz (Schel.)	4000
Bankiergrundstück i. leb. Stadt der Ostpreign	10000
Gutschof mit erstklassigem Baugrund in bevorzugter Stadtlage von Juidkau (Sachsen)	30000
Wohn- und Geschäftshaus i. belebter Industriestadt im Kreise Jerichow (Welffland). Preis: Verkaufsanschlag, m. großem Saal in kleinemem Städtchen der Mark	12000
Wohn- und Geschäftshaus (Wasseraufzucht-, Weiß- und Wollwaren) in der Altmark	10000
Wassermühlengründe, mit Sägemwerk und Landwirtschaft im Kreise Trossen a. d. O.	15000
Immerwährend-Weidm. mit Zier-Obst u. Gemüsepflanzen i. guter Verhältnisse in Juidkau	10000
Sabrikgüter (Wollwaren- u. Kunststeinwerk) in leb. Kreisstadt a. d. Bahndreieck Berlin-Stralund	25000
exkl. Verpacht. m. Verkaufsz. Sonntags in landhofl. reizvoller Lage unmittelbar am Walde, in bevorzugter Laubfrucht, spracheifer Luft i. Pausenreicher Gegend (B. Jütten). Preis: Landwirtschaftliches Grundstück, als Geflügelfarm ausbaufähig, in Dörheim	45000 10000
Sägemwerk in bester Geflügelzucht sommerfelds in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs	25000
Sabrikgüter, 160 qm groß, mit Maschinen zur Herstellung von Schokoladen, Miete 90 RM. pro Monat. Verkaufspreis: 12000	
Bildprospekte kostenlos durch:	

KOCH & Co., Berlin W 10
Dörnerstraße 1. Tel.: 82 Lützow 5933.

Wer kennt

die Anschrift von Herrn **Erich Siebold**, zuletzt wohnte gew. in Berlin N 4, Chausseestr. 32? Angab. unter 252 an das Dfland erbeten.

Wer kennt

die Anschrift von Herrn **Willy Koepnick**, zuletzt wohnte gew. in Berlin O 112, Jungstr. 3? Angab. unter 252 an das Dfland erbeten.

Übersetzungen

polnisch, russisch, ischeisch. Schriftliche Arbeiten billig.

Fritz Bittkover, Berlin W 35, Magdeburger Str. 30, I. Tel. B 2, Rösow 3469.

Rentlenwirtschaft

78 Wrg., jol. trantheits-halber bei 12000 M. und übernahme der Rente zu verkaufen. **Kurt Grundmann**, Gr. Jankelstr. 11/12, Straßund - Land.

Kant-Hotel

Charlottenburg,

Kantstraße 54, Tel. C 1 Steinplatz 6130
Neuer Besitzer: **Hermann Bieger**,
Miglit des Deutschen Oibundes (bisher Leiter des Palais-Hotels „Bredlenbacherhof“ in Düsseldorf)

Nächstgelegenes, vornehm behagliches Haus am Bahnhof Charlottenburg. Zimmer mit fließendem warmen und kaltem Wasser und Staatstelefon von RM. 4.50 bis 6.50 pro Beif. einzeln. Bedien.

Der „Ostdeutsche Heimatkalender“ als Verlosungsgewinn

Verschiedene Ortsgruppen haben zur Hebung des Absatzes unseres „Ostdeutschen Heimatkalenders“ 1932 einen Weg gefunden, der allgemeine Aufmerksamkeit verdient: die Verlosung. Der Anreiz, Tombolose zu kaufen, wird ganz gewiß erhöht werden, wenn sich unter den Gewinnern jeweils einige Exemplare des „Ostdeutschen Heimatkalenders“ befinden, den die Preise als eine Kulturart bezeichnet hat. Bestellungen sind zu richten an **Deutscher Oibund, Kulturabteilung, Berlin W. 30, Mohlr. 22**

Schöne Landwirtschaft

80 Wrg., mit tab. Zub., Fr. 24 000 M., Anz. 12 000 - 15 000 M., **prima Vandguthaus** m. 23 Wrg. Auenland, allein in gr. Ort, Anz. 12 000 - 15 000 M., **Gärtnergrundstück** m. 9 Wrg. i. Glogau, Anz. 7000 - 10 000 M., **Stadtguthaus** i. Kreisstadt, Anz. 7000 M., **3 gute Vandhäuser**, Anz. 8000 - 12 000 M., **Vandguthaus** m. **Reiserei**, Anz. 10 000 M., **Reisereisgrundstück** m. komplett. Einrichtung, Anz. 10 000 M., **erner ca. 30 Vandhäuser** in idyll. Gegend, Anz. 2000 - 4000 M., **70 Vandm.** i. allen Größen, Anz. 4000 - 8000 M., **25 Vandhäuser** und viele andere Existenzen zu verk., **Lebensmittelsch.** mit Wohnung in Glogau, erl. 9000 M., **Stadtreibhaus** mit **Rebden**, **Regelbahn**, **Schießstand**, erl. 3500 M., **Wark**, zu vergeben.

Lakomy, Glogau, Bernhildstraße 5.

Aufbaukredit

für Grenz- u. Auslandsdeutsche G.m.b.H.
(Geschäftshilfe des Deutschen Oibundes)
Berlin W 30, Rosystraße 22. Tel. B 5 Barbarossa 9061.

Verwertung von

6% Reichsschuldbuchforderungen
durch Verkauf und Beleihung (im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel)

Beratung in Vermögensanlagen
und allen Kreditangelegenheiten

Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte

Die billigste Dauerpension

i. herrl. a. gr. Wald u. See geleg. Erholungsheim mit eig. Strand, Boote, Park, Weise dergl. erhält. Sie bei Abzahlung auf 12 Monate - 1000 M. i. voraus - 90 M. pro Monat, bei 25 Monaten - 2000 M. Einzahlung - 80 M. u. bei 46,5 Monaten - 3000 M. Einzahlung, nur 65 M. pro Monat. Bei 8000 M. 1 x Einzahlung, u. Abzahlung, durch **Wotar u. Treubänder** sogar i. den s. l. n. g. l. i. c. h. freien Aufenthalt, liebevolle Pflege, Entzug als Sporthotel mit **Winterteil** und 1% als Rente! Gemüthlicher, unangew. Aufenthalt bei **Strömberg**, sein **Einl!** Herren können jagen u. angeln! Ia. 5 Mahlzeiten, pro Person 1 schönes Zimmer.

Aufgenommen werden nur wieder ca. 10 Personen, auch ältere Ehepaare, daher wollen sich nur erste 3-Meriteiten melden, die sich abschließen können. Überzahlung kann später stattfinden, Zimmer wird referiert. **Prospekt** geg. 25 Pf. **Spotto!**
Erholungs- und Dauerheim, Obst- u. Gemüsegut „Carlshof“ bei Ralsow i. Meckl.

Wer kennt

die Anschrift des Herrn **Ferdinand Block?**

Es handelt sich um Aufw. eines Sparguldbuchs der Kreispartei **Polen-Weil.** Angaben unter 252 an das Dfland erbeten.

Preuß. Staats-Lotterie

Ziehung: **Lose 3. Kl. am 15. und 16. Juni**

Zu haben bei **Staatl. Lotterie-Einnehmer**

Swinna, Berlin W 35,

Potsdamer Str. 116a,
Ecke Lützowstraße.
Tel. Lützow 3586.